



Nr. 14

POSITION

ROMAN HERZOG **INSTITUT**

Kritik einer Kritik

DIE MARKTWIRTSCHAFT UND IHRE INTELLEKTUELLEN KRITIKER

Karl Homann / Corinna Gruber

Kritik einer Kritik

DIE MARKTWIRTSCHAFT UND IHRE INTELLEKTUELLEN KRITIKER

Karl Homann / Corinna Gruber



Inhalt

	Seite
Vorwort	4
1 Einleitung	6
2 Die Kritik der Intellektuellen an der Marktwirtschaft	8
2.1 Kritik am Menschenbild der Marktwirtschaft	9
2.2 Kritik am Markt	11
2.3 Kritik an der Politik	15
2.4 Vorschläge der Kritiker	17
3 Metakritik	22
4 Eigentore der Verteidiger der Marktwirtschaft	34
5 Die unverminderte Fortdauer der Kritik	42
6 Wie sollte mit der Kritik umgegangen werden?	48
Literatur	50
Weiterführende Literatur	53
Die Autoren	54

Vorwort



Die Europäische Union strebt laut Lissabon-Vertrag eine „wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ mit Vollbeschäftigung und sozialem Fortschritt an. Betrachtet man Deutschland, so lässt sich seit Etablierung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard die Historie unserer Wirtschaftsordnung als Erfolgsgeschichte zeichnen.

Der seitdem zu beobachtende Wohlstandszuwachs ist geradezu legendär. Er kann als historisch bezeichnet werden – und damit ist der Erfolg eben auch ein wenig „von gestern“. Aber auch die materiellen und immateriellen Leistungen der Gegenwart können sich sehen lassen: Der hohe Wohlstand ist über die verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft so gleich verteilt wie in kaum einem anderen Land der Welt und wir müssen nur knapp 10 Prozent unseres gesamten Lebens erwerbstätig sein, um uns diesen Lebensstandard zu ermöglichen.

Dennoch wird an unserem Wirtschaftssystem immer wieder Kritik geübt. Die Akzeptanz der Sozialen Marktwirtschaft in der deutschen Bevölkerung ist seit 20 Jahren bis vor kurzem deutlich auf unter 50 Prozent gesunken und hat sich erst in den letzten Jahren (ausgerechnet in der Finanzkrise!) wieder etwas erholt.

Die Kritik richtet sich zum einen auf scheinbare und tatsächliche Mängel der real existierenden Sozialen Marktwirtschaft. In der Tat ist sie an verschiedenen Stellen gegenüber ihrer ursprünglichen Ausrichtung denaturiert und bedarf einer Revitalisierung. Zum anderen aber bringen gerade Intellektuelle immer wieder Fundamentalkritik an den gedanklichen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft vor.

In der vorliegenden Veröffentlichung schauen sich die beiden Autoren diese Kritik genauer an. Sie nennen dabei zunächst die zentralen Kritikpunkte, die vorgebracht werden. Im Anschluss formulieren sie eine Metakritik. Und schließlich untersuchen sie, warum die Kritik der Intellektuellen trotz der überragenden Performance der Sozialen Marktwirtschaft und der überzeugenden Metakritik eher zu- als abnimmt.

Ihr Beitrag mag auch Anhaltspunkte dafür liefern, warum nicht nur unter Intellektuellen, sondern – wie gesagt – auch in breiten Schichten der Bevölkerung Vorbehalte gegen unsere soziale marktwirtschaftliche Grundordnung bestehen.



Prof. Randolph Rodenstock
Vorstandsvorsitzender des Roman Herzog Instituts e.V.

Einleitung

Trotz des im internationalen Vergleich sehr guten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolgs geht die Akzeptanz der (Sozialen) Marktwirtschaft in Deutschland in einem seit Jahrzehnten stabilen Trend kontinuierlich zurück. So stellt Thomas Petersen in einer Betrachtung der Einstellungen der Bevölkerung zur Marktwirtschaft von 1948 bis 2013 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung fest: „Die Ergebnisse der aktuellen Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach [...] deuten eher darauf hin, dass weder das Wirtschaftswunder noch das Scheitern der sozialistischen Ökonomien in Ost-Mitteuropa der stillen Zuneigung der Deutschen zur Wirtschaftsplanung etwas anhaben konnten“ (Petersen, 2013, 8). Wie ist das zu erklären?

Für die Einstellung gegenüber der Marktwirtschaft ist offensichtlich nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie ihr Erfolg, ihre Performance, ausschlaggebend. Es handelt sich eher um eine sehr tief sitzende Mentalität, die besonders durch intellektuelle Kritiker, wenn auch vielleicht nicht erzeugt, so doch getragen, gefördert, geformt, kurz: begründet und dann von Medien und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt wird. Dabei wird diese Kritik dominant, manchmal sogar ausschließlich in ethischen Kategorien wie „unsozial“, „ungerecht“ oder „egoistisch“ artikuliert. Diese antimarktwirtschaftliche Mentalität zeitigt inzwischen deutlich erkennbar politische Wirkungen und beginnt, sich als Standortnachteil für Deutschland auszuwirken.

Nun gibt es in allen Gruppierungen der Gesellschaft Kritik – auch berechtigte Kritik – an der real existierenden Marktwirtschaft. Daher müssen wir das Problem, das wir in dieser Abhandlung adressieren, wie folgt formulieren: Wie kommt es, dass grundlegende Kritik an der Marktwirtschaft (dann bevorzugt als „Kapitalismus“ oder „Neoliberalismus“ etikettiert) unter den Intellektuellen signifikant weiter verbreitet ist als in allen anderen Gruppierungen der Gesellschaft einschließlich der Gewerkschaften? Wie kommt es, dass diese Kritik 25 Jahre nach der Implosion des Sozialismus in den Medien und im öffentlichen Diskurs sogar die Deutungshoheit über unsere Wirtschaftsordnung gewonnen hat? Oder die Frage aus der anderen Richtung und in der Sprache des Fußballs gestellt: Warum bleiben trotz bester Performance der Marktwirtschaft ihre Verteidiger im öffentlichen Diskurs in der Defensive und schießen sogar fortgesetzt Eigentore, wenn sie die Marktwirtschaft zu verteidigen versuchen?

Zunächst ist klarzustellen, was wir unter einem Intellektuellen verstehen. Nach der klassischen Definition des großen österreichischen Ökonomen Joseph A. Schumpeter ist ein Intellektueller durch drei Merkmale gekennzeichnet: „Intellektuelle sind in der Tat Leute, die die Macht des gesprochenen und des geschriebenen Wortes handhaben, und eine Eigentümlichkeit, die sie von anderen Leuten, die das gleiche tun, unterschei-

det, ist das Fehlen einer direkten Verantwortlichkeit für praktische Dinge. Diese Eigentümlichkeit erklärt im Allgemeinen auch eine weitere – das Fehlen jener Kenntnisse aus erster Hand, wie sie nur die tatsächliche Erfahrung geben kann.“ Hinzu kommt als drittes Merkmal die „kritische Haltung“ (Schumpeter, 1972, 237).

Intellektuelle verfügen in der Regel über eine akademische Ausbildung, aber nicht alle Akademiker sind auch Intellektuelle: „Ärzte und Advokaten“ (Schumpeter, 1972, 236), Naturwissenschaftler, Ingenieure und Informatiker sind in der Regel keine Intellektuellen. Die Intellektuellen stammen aus dem Kreis derjenigen Akademiker, die sich beruflich in den Geisteswissenschaften im weitesten Sinn bewegen, also besonders aus dem Kreis der Philosophen, Journalisten, Theologen und Kirchenleute, Literaten, Literaturwissenschaftler und Lehrer, politischen Berater, Redenschreiber und verbeamteten Bürokraten. Robert Nozick (1997), auf den wir zurückkommen werden, bezeichnet die Intellektuellen als „Wordsmiths“ und grenzt sie von anderen Akademikern wie Managern, Ingenieuren und Naturwissenschaftlern ab, wobei er diese als „Numbersmiths“ bezeichnet.

Diese Kennzeichnung soll für unsere Zwecke zunächst genügen; aus der folgenden Darstellung mag sich das Bild konkretisieren. Allerdings soll schon hier mit allem Nachdruck betont werden, dass die Kritik der Intellektuellen an der Marktwirtschaft von uns, wieder mit Schumpeter gesagt, durchweg als „aufrichtig“ (Schumpeter, 1972, 247) eingestuft wird. Auch Nozick, der in der Tradition Schumpeters steht, bestreitet keineswegs die persönliche Aufrichtigkeit der Intellektuellen. Für Schuldzuweisungen ist in methodisch reflektierten Abhandlungen kein Platz; gefragt ist vielmehr die Analyse.

Die Auseinandersetzung mit den intellektuellen Kritikern ist in zwei Schritten zu führen. Im ersten Schritt geht es darum, die zentralen Argumente der Kritiker zu erläutern (Kritik), diese argumentativ zurückzuweisen (Metakritik) und schließlich zu zeigen, dass und wie viele Verteidiger der Marktwirtschaft kontraproduktive Argumente benutzen, also Eigentore schießen. Im zweiten Schritt sind Gründe dafür herauszuarbeiten, dass die Metakritik bei den intellektuellen Kritikern keinerlei Wirkung zeigt, sondern deren Kritik unvermindert fort dauert. Es geht hier also um Gründe, die offenbar struktureller Natur sind, die den Kritikern selbst in der Regel nicht bewusst und für die sie deshalb auch kaum verantwortlich (zu machen) sind. Kritik, Metakritik und falsche Argumente zur Verteidigung der Marktwirtschaft machen die Kapitel 2 bis 4 aus, während sich Kapitel 5 um eine Erklärung für die unverminderte Fortdauer der Kritik bemüht. Das Schlusskapitel 6 widmet sich der Frage, wie mit der Kritik umgegangen werden sollte.

Noch ein Wort zur Vorgehensweise: Wir markieren in Kapitel 2 die Kernpunkte, die von den Kritikern vorgebracht werden, und verweisen durch eine analoge Markierung in der Metakritik in Kapitel 3 auf eben diese Punkte.

Die Kritik der Intellektuellen an der Marktwirtschaft

Wie andere Systeme hat auch die Marktwirtschaft einen permanenten Reformbedarf. Reformbedarf setzt Kritik an den bestehenden Verhältnissen voraus. Diese permanent erforderliche Kritik zum Zweck der Anpassung und stetigen Verbesserung der Marktwirtschaft ist nicht Gegenstand unserer Betrachtung.

Unsere Betrachtung zielt allein auf jene Kritik, die mehr oder weniger den Charakter einer Fundamentalkritik hat und in dieser Art besonders von den Intellektuellen vorgetragen wird. Dabei fällt auf, dass solche Fundamentalkritik sowohl aus dem konservativen Lager als auch aus dem linken Lager kommt, auch wenn unterschiedliche Akzente und Stoßrichtungen auszumachen sind. Die konservative Kritik sieht in der Marktwirtschaft so etwas wie den „Untergang des Abendlandes“, seines Menschenbilds, seiner Werte und Tugenden. Die linke Kritik optiert für einen grundlegenden Systemwechsel, der nach der Implosion des Sozialismus nicht mehr für eine Planwirtschaft, aber doch für eine starke staatliche – oder neuerdings „demokratische“ im Sinne von basisdemokratische – Steuerung der Wirtschaft steht. Was die einzelnen Kritikpunkte angeht, gibt es zwischen diesen beiden Richtungen Überschneidungen und Überlappungen, aber die unterschiedlichen Akzentuierungen sind deutlich auszumachen.

Es kann in dieser Abhandlung nicht darum gehen, die Positionen der einzelnen Autoren im Detail unter die Lupe zu nehmen. Es geht uns vielmehr darum, die verschiedenen Kritikpunkte systematisch zu ordnen, die Kerngedanken herauszuarbeiten, sie mit besonders prägnanten Aussagen gelegentlich zu belegen und nur manchmal die Vorstellungen einzelner Autoren ein wenig konkreter herauszustellen.

Die Darstellung der Fundamentalkritik der Intellektuellen an der Marktwirtschaft lässt sich nach unserer Auffassung am besten um drei Schwerpunkte gruppieren:

- um das zugrunde liegende Menschenbild,
- um den Markt mit seinen beiden Systemimperativen Wettbewerb und Gewinnstreben sowie
- um den Staat beziehungsweise das politische System im „neoliberal“ genannten Politikprozess in den Marktwirtschaften des Westens.

2.1 Kritik am Menschenbild der Marktwirtschaft

Einen Schwerpunkt der Fundamentalkritik der Intellektuellen bildet vor allem das der Marktwirtschaft zugrunde liegende beziehungsweise von ihr beförderte Selbst- und Menschenbild, also die Anthropologie der Marktwirtschaft: In ihr ist der Mensch nach Auffassung der Kritiker nur auf seine eigenen Vorteile bedacht. Verkörpert ist dieses Menschenbild in dem berühmten-berühmten **Homo oeconomicus**. Die wissenschaftliche Theorie der Marktwirtschaft, die mit diesem Homo oeconomicus arbeitet, programmiert im Wege einer Selffulfilling Prophecy, also einer sich selbst erfüllenden Vorhersage, den mehr oder weniger unaufhaltsamen Verfall des klassischen, humanistischen Menschenbilds der abendländisch-christlichen Kultur. Und sie unterminiert das Ideal eines freien, mündigen, selbstbestimmten Menschen, wie es aus der Epoche der europäischen Aufklärung überkommen ist.

Im Einzelnen richtet sich die Kritik auf den Egoismus der Akteure, auf ihre Gier, ihre Maßlosigkeit, ihre Fixierung auf Geld und Geldgewinne, auf Materialismus und Konsumismus. Es geht nach den Kritikern in der Marktwirtschaft um das Haben und nicht um das Sein des Menschen. Das so programmierte Verhalten der Menschen mündet zuletzt in „Hybris“, wie der Titel des neuen Buchs von Meinhard Miegel (2014) lautet. Die Marktwirtschaft unterwirft danach den Menschen und alle sozialen Bezüge, also auch Bildung, Gesundheit, Ehe und generatives Verhalten, dem Diktat der rationalen individuellen Vorteilskalkulation der Ökonomie.

Es gibt kaum einen Satz, der im öffentlichen Diskurs mehr Zustimmung findet als diesen: Wir leben in einer Zeit der Ökonomisierung aller Werte und menschlichen Beziehungen. Der Wettbewerb, der für Marktwirtschaften konstitutiv ist, zerstört demnach Gemeinschaft und Solidarität unter den Menschen, indem soziale Bezüge zunehmend kommerzialisiert werden. „Abgesehen von dem Schaden, den die Kommerzialisierung bestimmten Gütern zufügt, zersetzt sie auch die Gemeinschaft. [...] In einer Zeit zunehmender Ungleichheit läuft die allumfassende Kommerzialisierung des Lebens darauf hinaus, dass Arme und Reiche zunehmend getrennte Leben führen“ (Sandel, 2012, 249). Schließlich wird im Gefolge der Durchdringung des Kapitalismus mit der neuen Informationstechnologie der Mensch entmündigt und maschinengerecht gemacht (so besonders bei Schirrmacher, 2013).

Manche Autoren konstatieren diese Befunde einfach. Andere, reflektiertere Autoren führen diese Entwicklungen, für die sie Anhaltspunkte zu haben glauben, auf die ökonomische Theorie zurück, die in ihren Modellen permanent mit dem Homo oeconomicus arbeitet. Dieser avanciert so zu ihrem Menschenbild, das dann, so

die Kritiker, auf dem Wege einer Selffulfilling Prophecy genau diesen Menschen in der Empirie moderner Marktwirtschaften hervorbringt. Dahinter steht nach Auffassung der Theorie, wie die Kritiker diese auslegen, die implizite, teils sogar explizit formulierte These: Wenn alle Akteure in der Marktwirtschaft sich ökonomisch rational im Sinne ihres aufgeklärten Eigeninteresses, also wie ein Homo oeconomicus, verhalten, dann wird die schöne neue Welt des Friedens und des Wohlstands aller Menschen Realität werden können. Als Urheber dieser Theorie werden von Schirrmacher (2013) insbesondere die Wirtschafts-nobelpreisträger Milton Friedman und Gary S. Becker sowie der englische Ökonom Ken Binmore genannt.

Diese Argumentation wird seit gut zwei Jahrzehnten in dieser Weise vorgebracht. Eine neuere Entwicklung scheint zu sein, dass die sich gegenwärtig ausbreitenden und vielfach beklagten Phänomene wie Stress, Burn-out und psychosomatische Krankheiten auf diese Überforderung des Menschen in der kapitalistischen Welt zurückführen lassen. Darin spiegele sich eine Überforderung, die aus den Imperativen des Homo oeconomicus resultiere (Schirrmacher, 2013; Miegel, 2014). Die Marktwirtschaft – in diesem Zusammenhang ist dann bevorzugt von „Kapitalismus“ die Rede – mache den Menschen also krank.

Theoretische und normative Grundlagen der Kritik

Als Grundlage der hier skizzierten Kritik am Selbst- und Menschenbild der Marktwirtschaft dient bei den Konservativen das humanistische Menschenbild der abendländisch-christlichen Kultur, in dem der Mensch immer als „ganzer Mensch“ betrachtet wird, und bei den links orientierten Autoren wird zusätzlich und stärker die freie, mündige, selbstbestimmte Persönlichkeit der Aufklärung akzentuiert. Die Kritik am Homo oeconomicus lässt sich so zusammenfassen: So ist der Mensch nicht (das ist die positive Aussage), und so darf er nicht sein, wenn Freiheit, Menschlichkeit, Humanität und Solidarität nicht zerstört werden sollen (das ist die normative Aussage). Es wird immer Bezug genommen auf ein solches umfassendes, ganzheitliches Menschenbild, auf das „Wesen“ des Menschen, auf die „Natur des Menschen“, also auf eine bestimmte normativ grundierte Anthropologie. In deren Zentrum steht bei den Konservativen die Orientierung an „Maß und Mitte“ und bei den Linken die selbstbestimmte Persönlichkeit.

Aus der Perspektive dieser Menschenbilder hat das Menschenbild der Marktwirtschaft keinen Sinn und keinen Raum für Empathie, Wohlwollen, Solidarität, Altruismus und Liebe, wonach sich die Menschen aber im Tiefsten ihres Herzens sehnen. Auf der Strecke bleiben alle „höheren“ Werte wie Kunst, Kultur, Religion, Moral und Tugend. Die Wünsche und Träume der Menschen haben keinen Platz und schließlich werden die großen Ideen der Persönlichkeit, der Identität und Authentizität des Menschen zerstört (Sandel, 2012; Schirrmacher, 2013). Muße,

Vertrauen oder das Leben in der Gemeinschaft ohne ökonomischen Wettbewerb untereinander würden bei den Protagonisten der Marktwirtschaft als irrational und unproduktiv gelten. Bei den intellektuellen Kritikern wird demgegenüber das Leben in der Gemeinschaft mit anderen zumindest implizit, teils aber auch explizit, nach dem Modell der Kleingruppe als kleine, überschaubare, durch Empathie und informelle Regeln gesteuerte Gemeinschaft gedacht (Precht, 2012; Felber, 2012; 2014). Diese normative Grundlage der Kritik an dem Selbst- und Menschenbild der Marktwirtschaft trägt ersichtlich die Züge der vormodernen Tradition und der Tradition der Aufklärung, wie sie vor allem im bürgerlichen Bildungs- und Persönlichkeitsideal ihre Manifestation gefunden hat.

Allerdings ist bereits hier festzuhalten, dass die Kritik immer zwischen der Zurechnung auf persönliche Schwächen, auf kontingente gesellschaftliche Entwicklungen und auf systemische Prozesse schwankt.

2.2 Kritik am Markt

Eine weitere Reihe von Einwänden gegen die Marktwirtschaft, wie sie die intellektuellen Fundamentalkritiker vorbringen, lässt sich um den Markt und seine beiden grundlegenden Elemente Wettbewerb und Gewinnstreben der Unternehmen gruppieren. Auch wenn die seriöseren Kritiker anerkennen, dass die Marktwirtschaft in den letzten zwei Jahrhunderten den Menschen eine ganze Reihe von nicht nur materiellen, sondern auch substantiellen Vorteilen gebracht hat, rückt die Kritik am Markt besonders mit der Dynamik der Globalisierung immer stärker ins Zentrum. Selbst kleine und mittlere Unternehmen sind nämlich heute dem globalen Wettbewerb ausgesetzt und damit viel stärker als früher in ihrer Existenz bedroht – mit all den (potenziellen) Folgen für die Beschäftigten und ihre Familien.

Die „unsichtbare Hand“ des Adam Smith

Ein erster wichtiger Kritikpunkt betrifft die Vorstellung, dass der Markt, geleitet von der **„unsichtbaren Hand“** des Adam Smith (2005), gewissermaßen automatisch den „Reichtum der Völker“ hervorbringt. Diese Auffassung wurde zur Maxime der Politik in der Ära von Margaret Thatcher und Ronald Reagan. Damals wurden die Märkte, insbesondere die Finanzmärkte, von vielen staatlichen Regulierungen befreit, was dann nach dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Jahr 2008 in die schwerste Krise des marktwirtschaftlichen Systems seit 1929 geführt hat (Precht, 2012; Steingart, 2013; ähnlich früher bereits Forrester, 1997; 2000). Die anspruchsvollste Rekonstruktion der „unsichtbaren Hand“ von Adam Smith (2005) und ihrer theoretischen

und praktischen Folgen legt der Literaturwissenschaftler Joseph Vogl (2011) vor. Er zeigt, dass diese Metapher bei Adam Smith aus der Gedankenwelt der Theologie übernommen wird und von ihm auf die gesetzmäßige Lenkung der Welt, und zwar zunächst des Kosmos und dann der sozialen Welt, durch die göttliche Vorsehung übertragen wurde. In der säkularisierten Form wird dann die Wirtschaft durch rational kalkulierende Homines oeconomici plan- und berechenbar gemacht, und schließlich wird die gesamte soziale Welt dieser Logik des Homo oeconomicus unterworfen. In der weiteren Folge wird die Zukunft durch neue Finanzinstrumente abgesichert; diese Absicherung wird durch weitere Absicherungen abgesichert. Mathematische Finanzmarktmodelle schaffen die Illusion eines vollkommen stabilen, sich selbst steuernden Systems.

Auf diese Weise entsteht eine von der Realwirtschaft abgehobene eigenständige Finanzwirtschaft riesigen Ausmaßes, die als „Gespenst des Kapitals“ bezeichnet und nicht zufällig von ihren Protagonisten mit alchemistischen Metaphern beschrieben wird. Doch, so Vogl: Die Zukunft ist nicht beherrschbar. Wenn wie in den Jahren 2007 ff. Unvorhergesehenes eintritt, kehrt gleichsam die antike Tyche – das Schicksal – wieder. Es kommt zum „Kollaps der Vorhersehbarkeit“ (Vogl, 2011, 146), und das ganze System fällt wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Daraus folgt die Erkenntnis: „Konkurrenzverhalten auf den Finanzmärkten, so viel wenigstens weiß man, führt eben nicht automatisch Gemeinwohl herbei“ (Vogl, 2011, 178).

Wettbewerb zerstört Solidarität

Ein zweiter Kritikpunkt den Markt betreffend zielt auf den Wettbewerb, jenes grundlegende Prinzip einer jeden Marktwirtschaft. Die Kritiker sind der Auffassung: **Wettbewerb zerstört die Solidarität** unter den Menschen, und zwar sowohl auf der Mikroebene als auch auf der Makroebene. Der Wettbewerb zwingt alle Einzelnen, ob diese ihn nun wollen oder nicht wollen, in ihrem Verhalten permanent auf den eigenen Vorteil zu achten, weil sie sonst nicht mithalten können. Damit werden die anderen zu Konkurrenten, also zu potenziellen Gegnern oder gar Feinden. Auf diese Weise zerstört der Wettbewerb mikrotheoretisch, also im Umgang der Menschen miteinander, Vertrauen und Gemeinsinn und führt makrotheoretisch, also auf der Ebene ganzer Gesellschaften, zu einer Weltgesellschaft, in der die soziale Gerechtigkeit – auch innerhalb der Wohlfahrtsstaaten der EU – keinen Platz mehr zu haben scheint. Konsequentermaßen befürchtet die Mehrheit der deutschen Bürger, dass die Globalisierung ihnen mehr Nachteile als Vorteile bringt und dass der Sozialstaat in nennenswertem Umfang abgebaut werden muss.

Mikrotheoretisch gibt es in jeder Wettbewerbshandlung natürlich „Verlierer“, also solche, die bei einem Wettbewerb um ein Gut – etwa eine Wohnung in einem

Ballungsgebiet – nicht zum Zuge kommen, weil nur einer dieses Gut bekommen kann. Makrotheoretisch führt der Wettbewerb zu einem Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich, und zwar sowohl national wie vor allem auch international. Die Zahlen der Vereinten Nationen und der Weltbank lassen sich bei entsprechender Interpretation als Beleg heranziehen. Der Wettbewerb erhöht dramatisch die Unsicherheit der Menschen und führt im nationalen Rahmen zu Entlassungen, Firmenzusammenbrüchen und Standortverlagerungen von Betrieben, zu Arbeitslosigkeit, also kurz und euphemistisch gesagt: zu permanentem Strukturwandel mit all den Härten, die damit für die Betroffenen verbunden sind. Er führt international zu Standort- und Steuerwettbewerb und so zum Race to the bottom, dem Wettlauf um die niedrigsten Regulierungsniveaus. Dabei kommt noch hinzu, dass – wie es scheint – Entlassungen oder ihre Ankündigung die Aktienkurse der betroffenen Unternehmen steigen lassen.

Eine neue Qualität erreicht diese Kritik am Markt in einem Vorwurf, der weiter oben bereits angeführt wurde: Die Mechanismen des Marktes, also Angebot und Nachfrage sowie die durch den Wettbewerb programmierte Verfolgung des Eigeninteresses, führen dazu, dass die Marktprozesse übergreifend werden und schließlich immer mehr soziale Beziehungen ökonomischen Kalkulationen und Gesetzmäßigkeiten unterworfen werden. Dies betrifft vor allem die normativ integrierte „Lebenswelt“ und immer mehr auch die Bereiche Bildung und Gesundheit sowie den Bereich der Daseinsvorsorge (Versorgung mit Wasser, Elektrizität, Post usw.). Insgesamt wird der Markt für die zunehmende „soziale Kälte“ in der modernen Gesellschaft verantwortlich gemacht.

Unternehmen sind ausschließlich auf private Gewinne aus

Der dritte Kritikpunkt betrifft den Komplex des Gewinnstrebens der Unternehmen. Nach Auffassung der Kritiker haben die **Unternehmen nur ihre eigenen monetären Vorteile im Sinn**. Betriebe werden vom globalen Wettbewerb dahingehend programmiert, es herrscht die Maxime der Steigerung des Shareholder-Value. Wenn man dem öffentlichen Diskurs, der von den intellektuellen Kritikern der Marktwirtschaft dominiert wird, folgt, bedeutet das Betreiben eines Unternehmens die Lizenz, sich die Taschen mit Geld zu füllen.

Die Folgen sind nach Auffassung der Kritiker desaströs: Abbau des Sozialstaates unter Bedingungen des globalen Wettbewerbs, Zwang zum Wachstum, Erzeugung von immer neuen, eigentlich überflüssigen Bedürfnissen durch Werbung – Precht (2012) spricht von einer „Bedarfsweckungsgesellschaft“ –, fortgesetzte Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und Vermachtung der Wirtschaft durch Zusammenschlüsse von Firmen zu marktbeherrschenden Monopolen und Oligopolen. Neben dem fortgesetzten Raubbau an den natürlichen Ressourcen

wird besonders die Entwicklung der globalen Vermögens- und Einkommensverteilung angeprangert. Nach Meinung der Kritiker werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer, was zu weitergehender Zerstörung der Umwelt in den ärmeren Ländern und zu Armutsmigrationen führt, gegen die sich die reichen Industrieländer dann mit militärischen Mitteln wappnen.

In den letzten Jahren sind hinsichtlich der Kritik am Markt besonders die Finanzmärkte in den Fokus gerückt. Hier wird so gut wie alles genannt, was bisher an Kritikpunkten angeführt wurde, nur in verschärfter Form. Getrieben von der Gier, gibt an den Finanzmärkten „das Gesocks der Investmentbanker“ (so Altbundeskanzler Helmut Schmidt, 2010) den Kurs vor. Die Managerbezüge und Boni wachsen ins Unvorstellbare, es entstehen Spekulationsblasen und Kreditblasen. Banken werden unter impliziter oder expliziter Berufung auf ihre „Systemrelevanz“ mit Steuergeldern gerettet, wenn sie sich verzockt haben. Das läuft nach Meinung der Kritiker auf nichts anderes hinaus, als dass der Staat, das heißt der Steuerzahler, die überdimensionierten privaten Einkommen und Gewinne der Banker alimentiert: Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste werden sozialisiert. Und schließlich hat die Finanzwirtschaft Finanzierungsmodalitäten erfunden, die aus wertlosen Papieren Vermögenstitel mit dreifachem A-Rating gemacht haben – ganz ähnlich den Alchemisten früherer Jahrhunderte, aus deren Gedankenwelt auch eine ganze Reihe von Metaphern für diese Praktiken stammen (Vogl, 2011; Schirmacher, 2013).

Wer in der entsprechenden Literatur weniger bewandert ist, setzt vielleicht auf Verschwörungstheorien „der Märkte“, die dann personifiziert als „Monster“ bezeichnet werden, denen unbedingt Fesseln anzulegen sind. Sogar produzierende Unternehmen beteiligen sich an solchen spekulativen Finanztransaktionen, sodass sich das Verhältnis von Sach- und Finanzkapital bei ihnen deutlich zugunsten des Letzteren verschoben hat, das damit zum Hauptzweck geworden ist (Wagenknecht, 2013).

Als besonders kritisch haben sich im öffentlichen Diskurs in Deutschland in den letzten Jahren die **Bezüge der Manager** herausgestellt. Kaum jemand vermag einzusehen, dass die Topmanager, besonders die Banker, ein Mehrhundertfaches des niedrigsten Lohns ihrer Angestellten verdienen sollen. Dagegen wird von den intellektuellen Kritikern geltend gemacht, dass es Obergrenzen geben müsse. Sogar jemand wie Otfried Höffe, der sich als einer der wenigen Philosophen ernsthaft darum bemüht, seine praktische Philosophie an die Gesetzmäßigkeiten der Marktwirtschaft anschlussfähig zu halten, hat in einem Vortrag die Obergrenze der Managerbezüge auf das 25-Fache des durchschnittlichen Facharbeiterlohns ihrer Betriebe festschreiben wollen. Die Frage ist: warum eigentlich nicht auf das

17- oder 37-Fache? Die Zahl 25 kommt ersichtlich „aus dem Bauch“ heraus, wird aber von Höffe (2014) als ethisch begründete Forderung der Gerechtigkeit ausgegeben!

Theoretische und normative Grundlagen der Kritik

Auch bei diesem den Markt und seine wesentlichen Elemente Wettbewerb und Gewinnstreben betreffenden Komplex von Kritikpunkten ist zu fragen, von welchen theoretischen und normativen Grundlagen ausgehend die Kritik formuliert wird. Hier lassen sich diverse Ausgangspunkte unterscheiden. So wird zum einen gefordert, dass die individuelle Freiheit, die dem Menschen als Naturrecht zukommt, nicht nur formal, sondern auch materiell zu gewährleisten sei, was einen Prozess der – auch globalen – Umverteilung in Gang setzen muss. Das berührt sich mit der Forderung nach ungefähr gleichen Einkommens- und Vermögensverhältnissen, ebenfalls in nationalem und globalem Rahmen und ebenfalls als Grundsatz hohen moralischen Rangs, der von manchen durchaus als Menschenrecht ausgegeben wird.

Zum anderen wird argumentiert, dass bei diesem – durch Wettbewerb erzwungenen – Streben nach materiellem Wohlstand und monetären Einkommen die „höheren Werte“ wie Persönlichkeit, Vertrauen, Gerechtigkeit, Moral und Kultur auf der Strecke bleiben, wodurch die **„Natur des Menschen“** sowie **„Maß und Mitte“** verfehlt werden.

Besonders Felber (2012; 2014) und Precht (2012) argumentieren ferner, dass der Mensch von Natur aus viel stärker der Kooperation als der Konkurrenz zugeneigt ist und dass eine kooperative Umwelt viel kreativer und produktiver ist als eine angsterzeugende Welt des Wettbewerbs. Gegen den Raubbau an natürlichen Ressourcen werden vor allem die Lebenschancen künftiger Generationen sowie neuerdings auch wieder die globale Tragfähigkeit der Erde ins Feld geführt: Meinhard Miegel erklärt 2014, dass, wenn die Art des Lebens in den Marktwirtschaften der „frühindustrialisierten“ Länder auf alle Länder ausgeweitet würde, dafür zweieinhalb Globen erforderlich wären. Und mit drohendem Unterton fährt er fort, dass wir die entsprechende Bescheidenheit und Zurückhaltung werden lernen müssen.

2.3 Kritik an der Politik

Ein dritter Schwerpunkt der Kritik der Intellektuellen an der Marktwirtschaft betrifft die Politik, genauer jene Politik der Deregulierung und Globalisierung, welche die Weichen für das Funktionieren dieser „neoliberal“ genannten Wirtschaft stellt und auf diese Weise mitverantwortlich für die inkriminierten Systemfehler sein soll. Allerdings fällt zweierlei auf: Zum einen ist diese Kritik sehr selektiv in dem Sinne,

dass manche Kritikpunkte, die auch von marktwirtschaftlich orientierten Ökonomen an den Fehlentwicklungen vorgebracht werden, keine Rolle spielen – zum Beispiel die implizite Komplizenschaft von Politik und Finanzindustrie wegen des unersättlichen Kreditbedarfs der Staaten. Zum anderen gehen die Intellektuellen mit der Politik auch im Allgemeinen relativ schonend um. Der wichtigste Grund dürfte darin liegen, dass sie für die Realisierung ihrer Ideen und Vorschläge zur Überwindung des Systems vor allem auf die – demokratische im Sinn von basisdemokratische – Politik setzen.

Globalisierung zerstört Solidarität

Ein zentraler Kritikpunkt mit Blick auf die Politik betrifft die Globalisierung. Es fällt auf, dass die Vorteile der Globalisierung komplett ignoriert werden und allein die Kritik dominiert. Nach Auffassung der Kritiker **vergrößert die Globalisierung die Kluft zwischen armen und reichen Völkern**. Zum Beleg werden in den letzten Jahren zunehmend Zahlen über die globale Vermögensverteilung sowie deren Entwicklung herangezogen. Der durch die Globalisierung ausgelöste Standort- und Steuerwettbewerb zerstört in den Industrienationen des Westens den Sozialstaat, der über Jahrzehnte den sozialen Frieden zumindest in den europäischen Wohlfahrtsstaaten garantierte. Um kostenerhöhende Gesetze in einem bestimmten Land zu umgehen, verlagern Unternehmen, so die Kritiker, ihre Standorte in andere Länder (Forrester, 2000, 13). Schließlich werden selbst kleine und mittlere Unternehmen, die KMU, dem scharfen internationalen Wettbewerb ausgesetzt, was in diesen Firmen zu beträchtlicher Unsicherheit in der Unternehmensleitung, bei den Mitarbeitern und im gesamten regionalen Umfeld führt.

Dominanz von Wirtschaft und Banken

Ein weiterer, für manche Autoren wichtigerer Kritikpunkt betrifft die Dominanz der Wirtschaft in dieser neuen Weltordnung: Das Kapital – vor allem die Banken – dominiert die Politik, obwohl es doch in demokratisch verfassten Staaten genau umgekehrt sein müsste. Die von der Politik forcierte Globalisierung übergeht damit die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen nach einem „guten Leben“ in relativer Sicherheit vor Arbeitslosigkeit, sozialem Abstieg und verschärftem Wettbewerbsdruck. Die Politik ist der „Diktatur der Finanzmärkte“ (Hessel, 2013, 10) unterworfen. Nach Auffassung der Kritiker dient die von der Politik gewollte Globalisierung nur dem Kapital und den großen Unternehmen, wobei die Menschen, besonders die Armen, auf der Strecke bleiben.

Rettung „systemrelevanter“ Banken

Unter Bezug auf die Finanzmarktkrise seit 2007 weisen die Kritiker schließlich immer wieder darauf hin, dass Finanzinstitute, die sich „verzockt“ haben, mit Milliarden von US-Dollars oder Euros aus Steuergeldern gerettet werden. Das stelle

einen weiteren Beleg für die Strategie einer **Privatisierung der Gewinne bei einer Sozialisierung der Verluste** dar.

Theoretische und normative Grundlagen der Kritik

Auch hier ist die Frage zu stellen, auf welcher theoretischen Grundlage diese Kritik basiert. Dies ist bereits angeklungen. Zum einen geht es um die Verteilung von Reichtum und Vermögen: Die Schere zwischen Arm und Reich geht national und vor allem international immer weiter auseinander. Eine solche Verteilung ist nach Auffassung der Kritiker schlicht ungerecht. Zum anderen führen Standort- und Steuerwettbewerb zu einem Abbau des Sozialstaates in den Wohlfahrtsstaaten der westlichen Welt.

Der wichtigste Punkt scheint allerdings zu sein, dass das Kapital, also die großen internationalen Unternehmen und vor allen anderen die Banken, die Politik beherrscht. „Der Kapitalismus zerstört die Fundamente der Demokratie. Die wachsende Konzentration von Wirtschaftsmacht in den Händen global agierender Großunternehmen macht Staaten erpressbar und Politikgestaltung im Interesse der Mehrheit der Menschen unmöglich. Gesellschaft und Politik sind in Geiselschaft mächtiger Wirtschaftslobbys geraten, die ihnen ihre Interessen diktieren. Selbst elementare Bereiche des öffentlichen Raums wie Meinungshoheit und Medienmacht befinden sich im erblichen Eigentum einer Handvoll reicher Familien“ (Wagenknecht, 2013, 208).

Dies widerspricht nach Meinung der intellektuellen Kritiker diametral dem Grundgedanken der Demokratie: Danach sollen nämlich die Menschen selbst über den Gang der Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft befinden und entscheiden können. Dabei wird als selbstverständlich unterstellt, dass die betroffenen Menschen mit der aktuellen Entwicklung alles andere als zufrieden sein können. Die intellektuellen Kritiker nehmen auf diese Weise für sich die Rolle von Advokaten der zahllosen Menschen in Anspruch, die ausgebeutet werden und sich nicht artikulieren können.

2.4 Vorschläge der Kritiker

Die Fundamentalkritiker der Marktwirtschaft, oder um mit dem großen Theologen des 19. Jahrhunderts Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher zu sprechen: „die Gebildeten unter ihren Verächtern“, tun sich mit Vorschlägen zu einer Alternative zum System der Marktwirtschaft schwer. In vielen Fällen handelt es sich lediglich um sporadische Impressionen. Anders gesagt: Der konstruktive Part der Kritik ist durchweg enttäuschend. Das dürfte vor allem darin seinen Grund haben, dass

nach der Implosion des Sozialismus in der Realität bislang keine funktionierende Alternative zur Marktwirtschaft sichtbar ist.

Die politisch eher links orientierten Kritiker kommen darin überein, dass die zentralistische Planwirtschaft des ehemaligen Sozialismus keine Alternative mehr darstellen kann. Folglich haben sie einen anderen Sozialismus im Auge, dessen Umrisse aber meist sehr unbestimmt bleiben. Eher konservative Kritiker stimmen mit ihnen in vielen Punkten überein, gehen aber den Weg einer Neuauflage des Sozialismus in veränderter Form naturgemäß nicht mit. Bei ihnen reicht das Spektrum von Forderungen nach einer Zähmung oder Bändigung bestimmter Verhaltensweisen oder bestimmter Wirtschaftsbereiche über Vorschläge zur moralischen (Selbst-)Disziplinierung und (Um-)Erziehung bis hin zu resignativen Klagen über den Verfall der alten Werte und Tugenden.

Dass die Vorschläge der meisten intellektuellen Kritiker recht dürftig ausfallen, wird von manchen nicht nur – implizit – eingeräumt, sondern sogar explizit gerechtfertigt: So erklärt Miegel, dass man in einem offenen Prozess von den Kritikern keine Blaupause für die künftige Entwicklung verlangen könne. Stattdessen sei „ein Höchstmaß an Einfühlungsvermögen, Phantasie, Improvisationsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft“ gefragt (Miegel, 2014, 254). Damit erteilt er sich gewissermaßen ex ante eine Generalabsolution. Lediglich zwei Autoren bekennen hier Farbe und unterbreiten ziemlich detaillierte Gegenvorschläge, nämlich Sahra Wagenknecht (2013) und Christian Felber (2012; 2014). Wir kommen darauf zurück.

Individualistische Gegenstrategien

Weit verbreitet unter den intellektuellen Kritikern sind Appelle an die Einzelnen, an „die Aufgeschlossenen und Willigen“ (Miegel, 2014, 253), ihr Verhalten zu ändern, sich in der „Kunst der Beschränkung“ zu üben und zu „Maß und Mitte“ zurückzukehren (ebd., 222 f.). Sie sollen nach Felber (2012; 2014) bewusst und absichtsvoll nach dem Gemeinwohl streben, ihre Devise soll sein: Weniger ist mehr, oder: Small is beautiful. Precht etwa verweist auf Felix Eckardt, der von „gut leben statt viel haben“ spricht (Precht, 2012, 402). Solche Appelle sind in der Regel verbunden mit der Aufforderung zu einer entsprechenden Erziehung oder Umerziehung, was dann zu einem veränderten Verhalten führen soll. Felber und vor allem Schirrmacher empfehlen, die Einzelnen sollten in dieser kapitalistischen Welt des Wettbewerbs und der Anpassung des Menschen an die Forderungen der Informationstechnologie einfach „nicht mitspielen“ (Schirrmacher, 2013, 287). Miegel hingegen erklärt in latentem Misstrauen gegenüber solchen Appellen – wiederholt mit drohendem Unterton –, dass die mangelnde Tragfähigkeit der Erde uns das Maßhalten schon noch lehren werde.

Kollektive Gegenstrategien

Vor allem Autoren, die in Frankreich leben – wie Viviane Forrester und Stéphane Hessel –, propagieren den Zusammenschluss der Betroffenen, der Schlechtergestellten, um Widerstand gegen den kapitalistischen Prozess zu leisten. Dies mündet etwa in die Occupy-Bewegung, aber auch in den Widerstand anderer NGOs gegen die Globalisierung und die Dominanz der Finanzmärkte. So rät Forrester zu einem internationalen Schulterschluss der Beschäftigten und Beschäftigungslosen gegen das System unter dem Titel: „Arbeiter, Arbeitslose – derselbe Kampf!“ (Forrester, 2000, 83 f.). Diese Argumentation ist aber relativ schwach ausgeprägt, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass die intellektuellen Kritiker der Marktwirtschaft inzwischen realisieren, dass sie nie an der Basis, für die sie sich einsetzen, Fuß fassen konnten.

Sahra Wagenknecht: „kreativer Sozialismus“

Für Sahra Wagenknecht ist die Lösung relativ einfach. Auch für sie ist der Sozialismus der zentralistischen Planwirtschaft gescheitert. Gleichwohl hält sie an der Idee und Zielrichtung des Sozialismus fest und propagiert stattdessen einen „kreativen Sozialismus: einfach, produktiv, gerecht“ (Wagenknecht, 2013, 211). Vor allem verlangt sie die Verstaatlichung großer Industriebetriebe, allen voran natürlich der Banken. Die zwischenzeitlich aufgelaufenen Schulden der EU-Staaten sollen einfach gestrichen werden – natürlich zulasten der „Vermögen der Oberschicht“ (ebd., 43) –, damit die Politik ihre Handlungsfähigkeit zurückgewinnt (ebd., 236). „Kreativer Sozialismus hat sich von der Idee des planwirtschaftlichen Zentralismus verabschiedet. Er will mehr Wettbewerb, nicht weniger. Aber dort, wo lediglich Pseudowettbewerb stattfindet, weil natürliche Monopole oder Oligopole ihre Marktmacht zur Wettbewerbsverhinderung einsetzen, ist die öffentliche Hand gefordert“ (ebd., 383).

Wagenknecht plädiert für eine starke Gleichheit der Einkommens- und Vermögenspositionen in der Gesellschaft sowie für die Produktion langlebiger, hoch qualitativer Güter, womit sie stark in die – für sie künstlich erzeugten – Konsummuster gegenwärtiger Marktwirtschaften eingreift. Durchgesetzt wird dies durch staatliche Steuerung, die indes nicht mehr in eine Detailplanung übergeht wie in der ehemaligen zentralistischen Planwirtschaft, sondern sich auf eine starke Gestaltung der Rahmenordnung konzentriert. Dabei beruft sich Wagenknecht auf die deutschen Ordoliberalen sowie auf Ludwig Erhard und sein Versprechen des Wohlstands für alle. Die Grundprobleme sieht sie in der Macht der großen Konzerne über die Politik und in der Ungleichheit der Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Christian Felber: „Gemeinwohl-Ökonomie“

Christian Felber arbeitet das Alternativkonzept einer „Gemeinwohl-Ökonomie“ aus und erzielt damit in bestimmten Kreisen eine breite Zustimmung. Er plädiert wie Sahra Wagenknecht für eine starke Angleichung der Einkommen und Vermögen, er sieht das Gleichheitsprinzip sogar als vorrangig gegenüber dem Freiheitsprinzip an: „Gleichheit ist [...] ein absolutes Prinzip, Freiheit ein relatives. Es gibt ein Freiheitsbegrenzungsprinzip, aber kein Gleichheitsbegrenzungsprinzip“ (Felber, 2012, 104).

Ein weiteres – und unserer Einschätzung nach das wichtigere – Kernproblem für Felber ist der Wettbewerb. Hier unterscheidet er sich deutlich von Wagenknecht. Der – durch die Globalisierung dramatisch verschärfte – Wettbewerb zerstört für ihn Kooperation, Gemeinsinn und Gemeinwohl. Er plädiert stattdessen für ein Verhalten, das sich ganz bewusst nicht vom Wettbewerb, sondern vom Streben nach dem Gemeinwohl leiten lässt. Das verschafft den Menschen mehr Befriedigung und Motivation: Unter Berufung auf die Glücksforschung und auf „sozialpsychologische und neurobiologische Forschungen“ hebt er hervor, dass Menschen viel stärker als durch Geld „durch das Streben nach Autonomie, Identität, Kompetenz, Beitrag [zum Ganzen], Gemeinschaft und Beziehung“ (ebd., 107) motiviert werden. Das geht offenbar so weit, dass er auch ganz persönlich unter dem Wettbewerb leidet und dies auch öffentlich kommuniziert: „Ich selbst bin vom Leistungssport zum Tanz gewechselt, weil die Wettkämpfe zu sehr von Ehrgeiz und ungunen Gefühlen begleitet waren: Es ging zu sehr um das Ziel und gar nicht mehr um den Sport, den ich – als Tätigkeit – liebe. Im Tanz funktioniert Wettbewerb gar nicht“ (ebd., 175).

Seine Kernforderung zielt besonders auch auf die Unternehmen: Sie sollen bewusst nach dem Gemeinwohl streben (ebd., 134). Dafür sollen sie vom Staat, der bei Felber ebenfalls als demokratischer Staat eine bedeutende Rolle spielt, belohnt werden. Dies funktioniert so, dass Unternehmen eine „Gemeinwohlbilanz“ vorlegen, auf deren Basis staatliche Subventionen – in Form von Steuernachlässen – gewährt werden. Auf diese Weise hofft Felber, eine Wirtschaftsordnung realisieren zu können, die durchgängig gemeinwohlorientiert und nicht gewinnorientiert arbeitet. Durch die staatlichen Subventionierungen des Gemeinwohlbestrebens erreicht er, dass gerade die kleinen und mittleren Unternehmen, die sich von seiner Gemeinwohl-Ökonomie sehr angesprochen fühlen, eine Bestandsgarantie im globalen Wettbewerb erhalten. Versagen im kapitalistischen Wettbewerb kann so durch Gemeinwohlaktivitäten kompensiert werden und es „können Unternehmen endlich gelassen und angstfrei“ (ebd., 60) arbeiten.

Wunschdenken

Sahra Wagenknecht und Christian Felber ist gemeinsam, dass sie sich bei der Ausmalung ihrer Vorschläge keinerlei Zurückhaltung auferlegen, anders als viele andere intellektuelle Kritiker der Marktwirtschaft nach der Implosion des Alternativmodells des Sozialismus. Beide zeigen keinerlei Hemmungen, ihre jeweilige ideologische Position zu beziehen und dann explizit alles das zu formulieren und zu postulieren, was gut und teuer ist: „Liebesfähigkeit, Sehnsucht nach sozialen Bindungen, nach Würde und Schönheit“ (Wagenknecht, 2013, 44), „Menschenwürde, Solidarität, Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Demokratie“ (Felber, 2012, 39), „Gemeinsinn, Gleichheit und anderes mehr. Das klingt nach „Friede, Freude, Eierkuchen“ und dient offenkundig dem Zweck, alle emotional und politisch positiv besetzten Begriffe für die eigenen Absichten in Anspruch zu nehmen und sie damit allen anderen, besonders den Protagonisten der Marktwirtschaft, abzusprechen.

Auf diese Weise nehmen ihre Ausführungen den Charakter reinen Wunschdenkens ohne Rücksicht auf ökonomische Realisierungsmöglichkeiten und ohne jede Rechenschaft über die Opportunitätskosten an. Sie schwelgen in großen Worten, sie berauschen sich – und andere – mit Träumen von einer besseren Welt und bedienen damit offensichtlich die Sehnsüchte immer breiterer Bevölkerungskreise. Felber (2014) erklärte bei einem Vortrag in München unter großem Beifall seiner über 300 Zuhörer: „Ich bin kein Ökonom – und das ist gut so.“

Das Modell hat sich erschöpft

Da keiner der intellektuellen Kritiker die bisherigen positiven Wohlfahrtswirkungen der Marktwirtschaft – in ihrer Sprache: des Kapitalismus – bestreitet, lässt sich ihre Kritik so zusammenfassen: Die Marktwirtschaft hat in den letzten zwei Jahrhunderten einen breiten Massenwohlstand hervorgebracht, aber jetzt ist es genug, jetzt müssen wir auf eine andere Lebensweise umschalten. Oder etwas wissenschaftlicher formuliert: Das Modell hat sich erschöpft.

Metakritik

Die Metakritik in diesem Kapitel bezieht sich lediglich auf die Kritik, die als Fundamentalkritik der Intellektuellen an der Marktwirtschaft zu verstehen ist. Ihre grundlegenden Missverständnisse über die Konzeption der Marktwirtschaft und ihre Fehltritte über die Marktwirtschaft und deren normativen Sinn sind der Kritik zu unterziehen. Es geht also um eine Kritik der Kritik, um Metakritik.

Um die Marktwirtschaft mit Wettbewerb und Gewinnstreben der Unternehmen grundsätzlich als ein moralisches Unternehmen verstehen zu können, muss man sich zunächst über den normativen Sinn und Zweck der Marktwirtschaft Klarheit verschaffen. Das ist vor dem Hintergrund einer Ethiktradition, die über 2000 Jahre Wettbewerb und Gewinnstreben moralisch diskreditierte, nicht ganz einfach.

Die Theorie der Marktwirtschaft ist historisch bei Adam Smith nicht nur aus der Moralphilosophie entstanden – Adam Smith war kein Ökonomieprofessor, er war Professor für Logik und Moralphilosophie –, sondern von Anfang an als ein Spezialgebiet der Ethik verstanden worden. Die Marktwirtschaft als Ganze ist nach dieser Auffassung als ein ethisches Unternehmen zu begreifen. Für alle führenden Protagonisten der Marktwirtschaft, von Adam Smith bis zu Ludwig von Mises und den Nobelpreisträgern Friedrich August von Hayek, Milton Friedman, James M. Buchanan und Gary S. Becker, ist völlig klar, dass die Marktwirtschaft, um es in Kategorien der klassischen griechischen Philosophie zu sagen, dem „guten Leben“, der „Eudaimonia“, der Glückseligkeit, der Menschen dienen muss und dient. Anstatt von „Glückseligkeit“ würden wir heute von „Glück“ oder von einem gelingenden Leben aller Menschen sprechen.

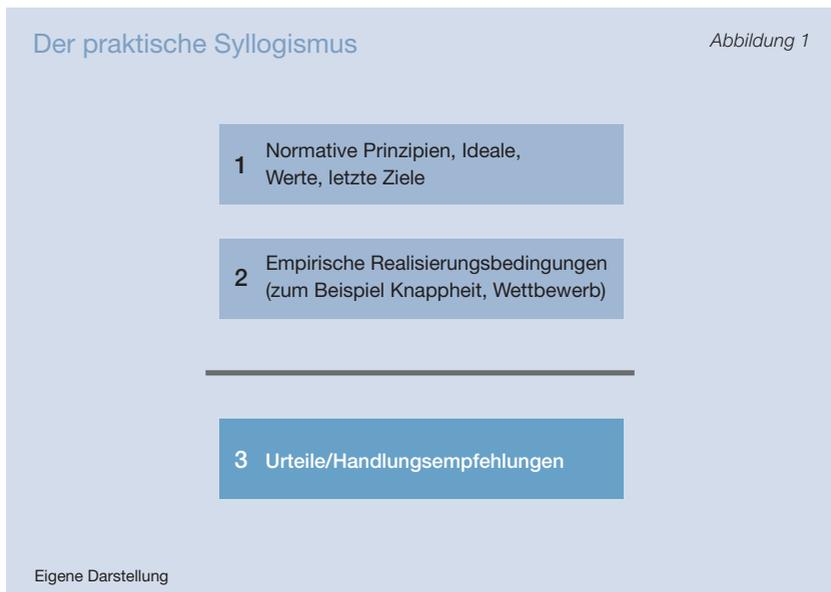
Diese normative Zielsetzung wird natürlich bei der Analyse ökonomischer Detailfragen nicht ständig wiederholt; dennoch bildet sie die selbstverständliche Grundlage auch solcher Analysen. Insofern kann man sagen, dass die Marktwirtschaft die Fortsetzung der Ethik mit anderen, spezielleren Mitteln ist. Als oberste Prinzipien gelten die Freiheit und Würde des Einzelnen sowie die Solidarität aller Menschen. Wer daher der Marktwirtschaft ihre sittliche Zielsetzung abspricht, hat sie in ihrem Selbstverständnis und in ihrem Anspruch nicht begriffen. Man kann allenfalls darüber diskutieren, ob die real existierenden Marktwirtschaften allgemein oder einzelne Regelungen diesem selbst gesetzten normativen Anspruch genügen.

Daher ist im nächsten Schritt zu fragen, ob und wie es denkbar ist, dass Wettbewerb und Gewinnstreben diesem normativen Ziel zu dienen in der Lage sind. Das ist nicht unmittelbar einsichtig und bereitet, wie empirische Untersuchungen zeigen (Enste et al., 2009; Fetchenhauer et al., 2010), ökonomischen Lai-

en erhebliche Verständnisschwierigkeiten. Wir wollen den normativen Sinn von Markt, Wettbewerb und Gewinnstreben mithilfe des sogenannten praktischen Syllogismus deutlich machen. Es geht in der Ethik um eine Empfehlung beziehungsweise Beurteilung von Handlungen und Entscheidungen, also um die Frage, ob Handlungen und Entscheidungen moralisch gut in dem Sinne sind, dass sie dem Ziel der Glückseligkeit besser als andere Handlungen und Entscheidungen dienen. Solche ethischen Urteile resultieren immer aus zwei Klassen von Voraussetzungen:

- aus den Prinzipien, Idealen, Werten oder letzten Zielen und
- aus den empirischen Realisierungsbedingungen.

Abbildung 1 stellt diesen Zusammenhang, der auch als praktischer Syllogismus bezeichnet wird, schematisch dar.



Wer die Handlungsempfehlungen allein aus der Klasse (1), also allein aus den letzten Zielen, ableitet, unterschlägt die Restriktionen und ist als Moralist oder gar als Fundamentalist einzustufen. Wer sie allein aus der Klasse (2), also aus den empirischen Bedingungen, ableitet und rechtfertigt, unterliegt der Ideologie des Sach-

zwangs und ignoriert die normativen Gestaltungsspielräume. Ethik hat immer beide Klassen von Voraussetzungen gleichzeitig und gleichrangig zu berücksichtigen.

Die klassische Theorie der Marktwirtschaft seit Adam Smith hält an der Klasse (1) dieser Voraussetzungen, also an einer letztlich normativen, ethischen Zielsetzung der Marktwirtschaft und ihrer zentralen Elemente Wettbewerb und Gewinnstreben, programmatisch fest, auch wenn das bei vielen – und sogar renommierten – Ökonomen oft nicht deutlich (gemacht) wird. Was die Klasse (2) der Voraussetzungen angeht, so haben sich im Übergang von der vormodernen Welt in die moderne Welt seit dem 17. Jahrhundert grundlegende gesellschaftsstrukturelle Veränderungen ergeben. Allein diese Feststellung besagt bereits, dass bei denselben normativen Zielen nun andere Urteile, andere Handlungsbewertungen resultieren können – allein aufgrund der veränderten Realisierungsbedingungen.

Mithilfe dieses theoretischen Schemas lässt sich die veränderte normative Beurteilung von Wettbewerb und Gewinnstreben, die in der Theorie der Marktwirtschaft vorgenommen wird, erklären. Die neue Bewertung geht nicht auf eine veränderte normative Zielsetzung, sondern allein auf die veränderten empirischen Realisierungsbedingungen zurück.

Um die drei wichtigsten gesellschaftsstrukturellen Änderungen zu nennen:

- In der Moderne haben sich eigenständige Funktionssysteme wie Recht, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft herausgebildet, die nach eigenen starken Systemlogiken funktionieren, in die von außen nicht einfach hineindirigiert werden kann.
- Es ist der Wettbewerb eingeführt worden, der alle Marktteilnehmer, also auch die, die den Wettbewerb gar nicht wollen, zwingt, auf ihren eigenen Vorteil zu achten, wenn sie nicht aus dem Markt herausfallen wollen.
- Schließlich ist durch die Marktwirtschaft ein anhaltendes Wirtschaftswachstum in Gang gekommen, das trotz gleichzeitigen starken Bevölkerungswachstums zu einer gewaltigen Steigerung der Pro-Kopf-Einkommen geführt hat. Dadurch wird die Beschreibung der Gesellschaft im Nullsummenparadigma falsch. Das bedeutet, es können in einer Marktwirtschaft Reiche und Arme gleichzeitig bessergestellt werden.

Wie dieser moralische Zweck der Marktwirtschaft mit Wettbewerb und Vorteilsbeziehungsweise Gewinnstreben zu vereinbaren sein soll, ist vor dem Hintergrund der vormodernen Moralvorstellungen, in denen die Menschen in Familie, Kinder-

garten, Schule, Kirchengemeinde auch heute noch sozialisiert werden, nicht ohne weiteres einzusehen. Die Imperative der Marktwirtschaft, also besonders Wettbewerb und Gewinnstreben, widersprechen auf den ersten Blick den überkommenen moralischen Intuitionen: Ihre moralische Qualität ist kontraintuitiv. Wir werden versuchen, sie in der Metakritik einsichtig zu machen.

Eine weitere Vorbemerkung ist erforderlich. Will man die Idee und den normativen Sinn der Marktwirtschaft herausarbeiten, bekommt die Darstellung notwendigerweise eine positive Grundierung. Daraus ist nicht zu folgern, dass wir den real existierenden Marktwirtschaften der westlichen Welt kritiklos gegenüberstehen würden; das Gegenteil ist der Fall. Vielmehr dient diese grundsätzlich positive Darstellung als Maß und Maßstab für die Kritik der realen Marktwirtschaften und ihrer Defizite.

Es gibt zweifellos schwerwiegende Defizite in allen realen Marktwirtschaften der westlichen Welt. Sie betreffen sowohl die Systemebene als auch die Unternehmensebene sowie das persönliche Verhalten der Führungskräfte. Defizite sind vor allem auf der globalen Ebene zu konstatieren, die sich zunehmend nach marktwirtschaftlichen Mechanismen organisiert. Dies wird auch von den allermeisten marktwirtschaftlich orientierten Ökonomen betont. Ihnen geht es darum, die Marktwirtschaft, besonders ihren Ordnungsrahmen, zu entwickeln, damit sie besser funktioniert. Wir nennen hier stellvertretend so unterschiedliche Autoren wie Joseph Stiglitz (2012), Robert J. Shiller (2012) und Hans-Werner Sinn (2010) sowie in Bezug auf das Finanzsystem Anat Admati und Martin Hellwig (2013).

Zu den grundsätzlich marktwirtschaftlich orientierten Kritikern zählen wir auch Papst Franziskus und den seit dem Frühjahr 2014 weltweit stark diskutierten Thomas Piketty. Der Papst übt zwar heftige Kritik an den realen Marktwirtschaften in Lateinamerika – wenn man dort überhaupt von Marktwirtschaften reden kann –, gleichzeitig votiert er aber, was von den meisten intellektuellen Berichterstattern in den Medien unterschlagen wird, nicht für eine Überwindung der Marktwirtschaft, sondern für ihre Verbesserung durch einen geeigneten ordnungspolitischen Rahmen (Pies, 2014). Piketty erklärt: „Ich bewundere den Kapitalismus, ich bewundere das Privateigentum und ich bewundere die Marktwirtschaft“ (Piketty, 2014, 2).

Demgegenüber zielen die intellektuellen Fundamentalkritiker aus dem eher linken Lager auf eine grundlegende Änderung des Systems, während die eher Konservativen einen Abgesang auf die alten Tugenden und Werte anstimmen und über ein materialistisches, ökonomistisches Menschenbild klagen.

Der Mythos von der „unsichtbaren Hand“

Mag die Politik westlicher Staaten in den letzten 30 Jahren vom ideologischen Glauben an einen Automatismus, mit dem der Markt allgemeinen Wohlstand hervorbringt, geleitet gewesen sein, so hat doch kein seriöser Theoretiker der Marktwirtschaft jemals diese Auffassung vertreten. Adam Smiths „**unsichtbare Hand**“ setzt eine rechtliche Rahmenordnung, also eine „sichtbare Hand“ des Rechts, das heißt Regulierung, voraus. Solche Regulierung mag unterschiedlich tief gehen, aber ohne jegliche Regulierung führt der reine Wettbewerb des Marktes, wie schon der englische Philosoph Thomas Hobbes Mitte des 17. Jahrhunderts wusste, in einen Kampf aller gegen alle mit allen Mitteln und damit zu einem Zustand, in dem das Leben der Menschen „solitary, poore, nasty, brutish, and short“ (Hobbes, 1982, 186) ist.

Während in der vormodernen Wirtschaft der Wettbewerb aus Gründen des Zusammenhalts der Gemeinschaft moralisch diskreditiert und politisch unterbunden wurde, ist die moderne Marktwirtschaft durch eine programmatische Etablierung des Wettbewerbs gekennzeichnet. Denn der Wettbewerb bringt gute, preiswerte Güter und Dienstleistungen hervor, er sorgt für Innovationen und ihre schnelle Diffusion. Außerdem löst er Machtpositionen, die immer mal wieder entstehen, auch wieder auf. Wegen dieser positiven Wirkungen für alle Menschen kann er eine ethische Rechtfertigung für sich in Anspruch nehmen.

Das bedeutet aber, dass der Wettbewerb, wenn er nicht jene zerstörerischen Züge annehmen soll, die Hobbes theoretisch voraussagte, reguliert werden muss. Das Problem besteht nämlich darin, dass sich erstens im Wettbewerb und zweitens bei der Produktion von – heute globalen – Gemeinschaftsgütern jenes Verhalten Einzelner (Unternehmen), das sich freiwillig am Gemeinwohl orientiert, der **Ausbeutbarkeit durch weniger moralische Konkurrenten** ausgesetzt sieht:

- Wer zum Beispiel unter Bedingungen des Wettbewerbs kostenträchtige Vor- und Mehrleistungen erbringt, die vom Markt nicht honoriert werden, muss befürchten, von seinen weniger moralischen Konkurrenten, die diese Kosten sparen, ausgebeutet und am Ende vielleicht sogar aus dem Markt gedrängt zu werden.
- Wer brav seinen Beitrag zu Gemeinschaftsgütern leistet, indem er zum Beispiel ehrlich seine Steuern zahlt, läuft ebenfalls Gefahr, von Trittbrettfahrern, die dies nicht tun, ausgebeutet zu werden.

Die Lösung dieses systembedingten Problems der Ausbeutbarkeit von gemeinwohlförderndem und in diesem Sinne moralischem Verhalten des Einzelnen be-

steht darin, dass der Wettbewerb reguliert wird. Durch allgemeine Regeln werden die Konkurrenten denselben Moralstandards unterworfen, sodass das dem Gemeinwohl dienende Verhalten des Einzelnen durch sanktionsbewehrte Regeln von solcher Ausbeutbarkeit geschützt wird. In der Sprache des Fußballs: Der Wettbewerb in den Spielzügen unterliegt Spielregeln, die vom Schiedsrichter mithilfe von Sanktionen durchgesetzt werden. Dabei sind die Sanktionen so zu dimensionieren, dass sich ein Verhalten, das dem Gemeinwohl abträglich ist, für den jeweiligen Akteur schon aus Eigeninteresse, wegen drohender Bestrafung nämlich, nicht lohnt.

Die Marktwirtschaft ist daher als ein zweistufiges Moralsystem zu verstehen: Die Handlungen und Entscheidungen der Einzelnen, also die Spielzüge, werden durch die Rahmenordnung, also die Spielregeln, in Richtung auf das Gemeinwohl kanalisiert. Dies ist der Sinn des berühmten Satzes von Adam Smith: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von deren Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Menschenliebe, sondern an ihre Eigenliebe und sprechen ihnen nie von unseren eigenen Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen“ (Smith, 2005, 98).

Damit wird das Gemeinwohl – wenn wir bei dieser abgekürzten Formulierung einmal bleiben dürfen – von den Gemeinwohlintentionen der Einzelnen abgekoppelt, oder in der Sprache Schumpeters: „Motiv“ und „sozialer Sinn“ werden entkoppelt (Schumpeter, 1972, 448). Das schließt nicht aus, dass sich einzelne Akteure von dem Motiv oder der Absicht, das Gemeinwohl zu fördern, leiten lassen. Das heißt auch nicht, dass Einzelne nur durch das Eigeninteresse geleitet werden sollen. Es heißt lediglich, dass die einzelnen Akteure das Gemeinwohl schon aus Eigeninteresse fördern können müssen, aus aufgeklärtem und nachhaltigem Eigeninteresse.

Plausibler noch scheint die negative Version dieses Gedankens zu sein: Wer für Handlungen, die das Gemeinwohl fördern, gegenüber seinen Wettbewerbern dauerhaft und systematisch benachteiligt, also ausgebeutet wird, kann diese Aktivitäten auf Dauer nicht aufrechterhalten. Um ein Beispiel zu nennen: Man kann das ärztliche Ethos durch materielle, monetäre Belohnungen nicht erzeugen; man kann es aber durch eine Honorierung, welche die Akteure massiv benachteiligt, sehr wohl zerstören. Das dürfte etwa der Fall sein, wenn ein Hausbesuch, der anderthalb bis zwei Stunden in Anspruch nimmt, mit 10 bis 15 Euro honoriert wird, wofür kein Handwerker auch nur anfährt. Unter Bedingungen des Wettbewerbs kann gemeinwohlförderliches Verhalten von den einzelnen Akteuren nur so lange dauerhaft und systematisch im Alltag praktiziert werden, wie sie vor der Ausbeutung durch weniger moralische Konkurrenten mithilfe einer sanktionsbewehrten Ordnung geschützt werden.

Diese Zweistufigkeit der Moral stellt für unsere moralischen Intuitionen in mehrfacher Hinsicht eine große Herausforderung dar. Zum einen erlaubt sie keine einheitliche Verhaltensmaxime mehr: In manchen Kontexten sollen wir – als Forderung der Moral – kooperativ spielen, und in anderen Kontexten sollen wir – wiederum als Forderung der Moral – Wettbewerb treiben, sogar bis zum wirtschaftlichen Ruin eines Konkurrenten. Zum anderen müssen wir verstehen, dass die Marktwirtschaft mit ihren Systemimperativen **Wettbewerb und Gewinnstreben kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument**, und zwar das beste bisher bekannte Instrument zur Verwirklichung der Solidarität aller Menschen. Es gelten daher in einer Marktwirtschaft Sätze wie die folgenden: Wettbewerb ist solidarischer als Teilen. Unmoralisch verhält sich in einem solchen System, wer sich dauerhaft dem Wettbewerb entzieht.

Solche Sätze stellen für unsere moralischen Intuitionen, die wir aus unserer Sozialisation mitbringen, eine Provokation dar. Es ist zunächst nur theoretisch einzusehen, dass es sich bei der Marktwirtschaft um ein sittliches System der Solidarität handelt, allerdings um eine unpersönliche Solidarität, um eine Solidarität ohne solidarische Motive oder Emotionen. Es ist dies eine Solidarität mit Fremden. Papst Benedikt XVI. hat die soziale Ordnung in seiner Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ als „den institutionellen – wir können auch sagen politischen – Weg der Nächstenliebe“ bezeichnet (Benedikt XVI., 2009, Ziffer 7). Nur unter einem geeigneten Regelsystem kann die Marktwirtschaft das Wohl aller fördern: Kein theoretisch versierter Verfechter der Marktwirtschaft hat das je bestritten. Ein blinder Glaube an die „unsichtbare Hand“ wird den Befürwortern der Marktwirtschaft lediglich von den intellektuellen Kritikern häufig unterstellt.

Egoismus und Gier versus Solidarität und Bescheidenheit

Intellektuelle Kritiker der Marktwirtschaft wie Felber (2012; 2014), Miegel (2014), Schirmmacher (2013) und andere gehen ganz offenbar davon aus, dass die allgemein erwünschten Ergebnisse oder Ziele, kurz: das Gemeinwohl, (nur) dadurch zu realisieren sind, dass die einzelnen Akteure diese Ziele in ihren jeweiligen Handlungen bewusst und mit Absicht anstreben. Deswegen zielen sie auf die Motivationsstruktur der Einzelnen und verlangen die Überwindung von Egoismus, Eigeninteresse, Gier und das Praktizieren von Solidarität, Tugenden, das Einhalten von Maß und Mitte, Bescheidenheit und dergleichen mehr. Aus den Ausführungen im vorangegangenen Abschnitt kann aber gerade das in der Marktwirtschaft nicht der Normalfall sein. Vielmehr ergibt sich der Wohlstand aller – so das Modell bei und seit Adam Smith – ohne solch gleichsinnige Motive oder Intentionen der Akteure.

Fast noch wichtiger ist die umgekehrte Version dieses Grundsatzes: Moralisch empörende Resultate auf der Systemebene wie etwa Hunger, Armut, Kindersterb-

lichkeit, aber auch Finanzmarktinstabilitäten und Krisen, zu deren Behebung nach mehr Moral und Ethik gerufen wird, resultieren nicht aus bösen, **egoistischen personalen Neigungen**, also nicht aus der Gier der handelnden Personen – auch wenn es das selbstverständlich alles auch geben kann. Sie sind vielmehr auf fehlende oder defizitäre Rahmenordnungen zurückzuführen. Systemergebnisse, gute und schlechte, entstehen in Marktwirtschaften nicht aus den gleichsinnigen Motiven oder Intentionen der einzelnen Akteure. Wir leben heute nicht in einer „Motivwelt“ (Nassehi, 2010, 156), in der allen resultierenden Ergebnissen gleichsinnige Handlungsmotive der Akteure zugrunde liegen. Wer so denkt, überspringt die Klasse (2) im praktischen Syllogismus (vgl. Abbildung 1) und begeht einen intentionalistischen Fehlschluss. Er kommt nicht umhin, Verstößen gegen moralische Prinzipien mit bloß moralisierenden Appellen und Schuldvorwürfen – statt mit Regeländerungen – zu begegnen.

Die Ökonomik als Wissenschaft arbeitet stattdessen seit Adam Smith mit der Heuristik der nicht intendierten Ergebnisse intentionaler Handlungen. Alle Handlungen verfolgen selbstverständlich Intentionen, Absichten, in einer Marktwirtschaft aber eigeninteressierte Intentionen, während sich die erwünschten oder unerwünschten Systemergebnisse als nicht intendierte Resultate solch eigeninteressierter Handlungen zahlloser Einzelner einstellen. Anders gesagt: Zwischen der Einsicht in das Gute und dem Handeln nach dieser Einsicht tut sich in allen Interaktionen, in denen Ausbeutbarkeit vorliegt – also im Wettbewerb und bei der Erstellung von Gemeinschaftsgütern –, eine Lücke auf. Diese kann nur durch formelle und informelle Regeln, also durch Institutionen, überwunden werden. Wer in seiner Analyse und Kritik diesen theoretischen Kern der ökonomischen Theorie der Marktwirtschaft nicht begriffen hat, versteht diese nicht und kann ihren moralischen Sinn und ihre moralische Qualität auch bei bestem subjektiven Willen nicht nachvollziehen.

Der Homo oeconomicus ist kein Menschenbild

Es ist weiter geltend zu machen, dass der berühmt-berüchtigte **Homo oeconomicus, der von allen intellektuellen Kritikern adressiert wird**, nicht als Menschenbild der Ökonomen aufgefasst werden kann. Allerdings ist einzuräumen, dass viele professionelle Ökonomen selbst in einem folgenschweren methodologischen Missverständnis ihn als Menschenbild verstanden und ausgegeben haben. In Bezug auf den Homo oeconomicus und seine sinnvolle Interpretation hat die ökonomische Theorie daher selbst eine Bringschuld. Auch wenn Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung inzwischen vielfach gezeigt haben, dass sich die Menschen empirisch keineswegs immer wie der Homo oeconomicus der Theorie verhalten, ist damit nicht erklärt, warum die Wissenschaft Ökonomik auf dieses Modell auch weiter nicht verzichten will und kann.

Der Homo oeconomicus ist unserer Auffassung nach zu verstehen als ein Theoriekonstrukt zur Abschätzung des Verhaltens von Menschen in Situationen, in denen eine systematische Ausbeutung von freiwillig moralischem, gemeinwohlorientiertem Handeln droht. Wie weiter oben gezeigt, ist dies beim Wettbewerb und bei der Erstellung von Gemeinschaftsgütern, also bei den schlechthin dominanten Problemfeldern der Ökonomik, der Fall. Der Wettbewerb beruht darauf, dass die Akteure auf derselben Marktseite, also etwa die Anbieter, nicht zur Kooperation (= Kartell) gelangen (dürfen), während bei der Produktion von Gemeinschaftsgütern immer die Ausbeutung durch Trittbrettfahrer zu befürchten ist. Diese Problemstruktur und die damit verbundene Anreizstruktur lässt sich im spieltheoretischen Gefangenendilemma abbilden, wie das in einer anderen Veröffentlichung des Roman Herzog Instituts im Einzelnen gezeigt wird (Homann et al., 2009).

Dieses Modell des Gefangenendilemmas ist weder als Beschreibung des empirischen Verhaltens der Menschen noch gar – dies gegen Frank Schirrmacher (2013) – als eine von der Marktwirtschaft geforderte Verhaltensweise zu verstehen. Es stellt lediglich die Struktur des Problems (!) dar, das sich der Moral in einer Marktwirtschaft stellt. Das Konstrukt Homo oeconomicus sagt außerdem nichts über die aktuelle Motivation des einzelnen Akteurs und über sein Selbstverständnis aus. Das Modell ergibt Sinn allein im Rahmen einer Makrotheorie, die sich mit der Entwicklung von Aggregaten, etwa von Inflationsraten, Arbeitslosenquoten und dergleichen mehr befasst. Schließlich wird der Homo oeconomicus gewissermaßen als Sonde – ganz ähnlich interpretiert ihn auch Vogl, allerdings ohne Literaturbelege (Vogl, 2011, 134 ff.) – zur Überprüfung der Stabilität institutioneller Ordnungen benutzt. So wie wir nur TÜV-geprüfte Autos in den Straßenverkehr lassen, so kann ein Ökonom nur institutionelle Arrangements empfehlen, die auf Homo-oeconomicus-Resistenz getestet sind und diesen Test bestanden haben. Andernfalls werden die institutionellen Gefüge über kurz oder lang instabil werden. Ein in dieser Weise verstandener Homo oeconomicus ist für die Arbeit der Ökonomik an ihren zentralen Problembereichen Wettbewerbsmärkte und Gemeinschaftsgüter unaufgebbar.

Es ist auch nicht richtig, dass die Arbeit mit diesem Theoriekonstrukt im Wege einer Selffulfilling Prophecy die Moral der Menschen verdirbt, wie viele Kritiker meinen, die sich scheinbar auch noch auf entsprechende empirische Untersuchungen (etwa Frank et al., 1993; 1996) stützen können. Vielmehr bewahrt die Arbeit mit diesem Theoriekonstrukt die Menschen vor einem naiven Hineinstolpern in Situationen, in denen freiwillig moralisch handelnde Akteure im Wettbewerb und bei der Produktion von Gemeinschaftsgütern von ihren weniger moralischen Konkurrenten ausgenutzt und ausgebeutet werden können.

Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse

Der Kritik der Intellektuellen an der **Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse** liegen ebenfalls gravierende Missverständnisse zugrunde. Autoren wie Vogl (2011), Schirmmacher (2013) und Miegel (2010; 2014), die sich mit der ökonomischen Theorie wenigstens beschäftigt haben, führen diese gesellschaftliche Entwicklung auf die Theorie von Gary S. Becker zurück, die als „ökonomischer Imperialismus“ bezeichnet wird und alles menschliche Verhalten vermeintlich allein auf individuelle Vorteils-/Nachteilskalkulationen zurückführt. Dabei wird jedoch unterschlagen, dass Becker in seiner Theorie unter „Vorteilen“ keineswegs nur materielle oder gar nur monetäre Vorteile versteht, sondern alles das, was die Menschen selbst als Vorteile ansehen, also außer Einkommen und Vermögen auch Gesundheit, Muße, reiche kulturelle Erfahrungen und das „gute Leben“ in Gemeinschaft mit anderen Menschen.

Darüber hinaus ist geltend zu machen, dass diese im Becker'schen Sinn ökonomische Perspektive in einer reflektierten Theorie nur eine, allerdings eine wichtige Perspektive auf menschliches Verhalten ist. Kein „ökonomischer Imperialist“ hat jemals behauptet, dass dies die einzig legitime und alles erklärende Perspektive auf menschliches Verhalten ist, wie das von den Kritikern unterstellt wird. Man kann der Theorie daher nicht ökonomischen Reduktionismus vorwerfen. Gerade ein Becker'scher Ansatz verlangt nach der Ergänzung um andere Perspektiven und fördert fruchtbare Interdisziplinarität. Vor allem die biologische und die psychologische, aber auch die soziologische Perspektive haben nach Becker bei der Erklärung menschlichen Verhaltens ein wichtiges Wort mitzureden.

Diese Sicht der Dinge führt zu folgender interessanten und für die Praxis äußerst wichtigen Frage: Wie weit lassen sich beim Einzelnen materielle oder monetäre Schlechterstellungen (mit denen im Wettbewerb und bei der Erstellung von Gemeinschaftsgütern zu rechnen ist, wie wir gesehen haben) durch so etwas wie ein gutes Gewissen oder soziale Anerkennung dauerhaft kompensieren? Oder anders gefragt: Können „höhere Werte“ materielle Schlechterstellungen aufwiegen, oder verlangen nicht vielmehr alle „höheren Werte“ eine Fundierung durch individuelle Vorteilserwartungen im weiten Becker'schen Sinne? Dies ist eine zentrale Frage der künftigen Forschung, die Antwort steht aus. Die Kritiker machen es sich zu einfach, wenn sie unterstellen, moralisches Handeln des Einzelnen verlange nur den Verzicht auf ein Mehr gegenüber dem Status quo, und dazu wären die meisten Menschen durchaus bereit. Im Wettbewerb und allgemeiner: in Gefangenendilemmastrukturen ist nämlich bei denen, die freiwillig moralisch handeln, von einer Schlechterstellung gegenüber dem Status quo auszugehen, und da dürfte die Bereitschaft wesentlich geringer sein.

Der systematische Zusammenhang von materiellen und immateriellen Werten wurde bereits am Beispiel der – statistischen – Auswirkungen der Honorierung von Hausbesuchen von Ärzten illustriert. Ein weiteres Beispiel sei hinzugefügt: Wenn für eine Familie mit nur einem Durchschnittsverdiener bereits drei Kinder ein Armutsrisiko darstellen, dann wird niemand ernsthaft behaupten wollen, dass dies keine Auswirkungen auf die Geburtenrate haben wird! Genau diese Problematik, die jedem, der nicht völlig realitätsblind ist, sofort einleuchtet, wird mit dem Verständnis von Ökonomik in der Tradition von Becker adressiert.

Allerdings ist auch bei diesem Punkt wieder darauf hinzuweisen, dass diese Sicht keineswegs allen professionellen Ökonomen klar ist; auch hier hat die Ökonomik eine Bringschuld.

Der Markt ist kein Nullsummenspiel

Ein Standardvorwurf der Kritiker an die Adresse der Marktwirtschaft betrifft die ungleiche Verteilung. Dazu ist zunächst darauf hinzuweisen, dass das ethische Postulat einer annähernden Gleichverteilung historisch unter Bezug auf vormoderne Gesellschaften entstanden ist. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass ihre Wirtschaft kein nennenswertes Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens kannte, sodass sie sich im **Nullsummenparadigma** interpretieren lassen. In diesen Gesellschaften war das Postulat funktional. Demgegenüber betritt die Marktwirtschaft als Wachstumsgesellschaft die Bühne der Weltgeschichte, sodass seither durch eine bessere Nutzung der Ressourcen, besonders der Ressource Wissen, Reiche und Arme gleichzeitig bessergestellt werden können. Historisch hat die Marktwirtschaft übrigens stark ungleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse eher nivelliert.

Das heißt aber nicht, dass relative Ungleichheiten, welche die Gesellschaften nicht dulden wollen, mittelfristig ausgeschlossen sind. Es ist den einzelnen Gesellschaften selbst zu überlassen, welches Maß an Ungleichheit sie akzeptieren. Aus der feierlichen Erklärung der US-amerikanischen Verfassung, dass alle Menschen frei und gleich geboren sind, lässt sich ein Menschenrecht auf (annähernd) gleiche Einkommens- und Vermögensverhältnisse allerdings nicht ableiten; das wäre ein Kategorienfehler. Moderne demokratische Gesellschaften leben von Gleichheiten in bestimmten Hinsichten und von Ungleichheiten, „Diversität“, in anderen Hinsichten zugleich. Hier kommt es auf die genaue Zuschneidung an.

Global besteht zweifellos der moralische und auch der ökonomische Imperativ, die schlimmste Armut zu beseitigen. Dies ist unstrittig und in den Millennium Goals der Vereinten Nationen auch festgeschrieben. Umstritten ist lediglich der Weg. Viele intellektuelle Kritiker der Marktwirtschaft plädieren hier für simple Umver-

teilung, ohne gebührend in Rechnung zu stellen, dass eine solche Umverteilung Anreize schafft, sich statt eigener Anstrengungen auf permanente Hilfen zu verlassen. Sinnvoller scheint daher ein Weg zu sein, der in der Devise „Hilfe zur Selbsthilfe“ formuliert ist. Armut wird beseitigt nicht durch Geschenke, sondern durch Wachstum und – Rendite versprechende – Investitionen. Diskussionen um gerechte Verteilungen müssen immer die Anreizwirkungen von Verteilungsmustern im Blick behalten. Forcierte, politisch motivierte Umverteilungen zugunsten der Armen haben bislang bestenfalls zu einer Gleichverteilung der Armut geführt, im Sozialismus jedoch zu einer Ungleichverteilung der Armut.

Natürlich ist auch richtig: Eine starke Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen etwa unter den – nicht marktwirtschaftlichen, sondern – feudalen Strukturen in weiten Teilen Südamerikas nimmt den armen Campesinos jeglichen Anreiz, sich anzustrengen, weil sie dadurch ihre Lage nicht verbessern können. Das hat schlimme Folgen für sie selbst und für die gesamte Wirtschaft ihres Landes.

Als Grund für das **Postulat einer annähernden Gleichverteilung** wird von den intellektuellen Kritikern der Marktwirtschaft in aller Regel die Demokratie bemüht. Aber auch ein demokratisches Gemeinwesen kann sich über grundlegende Gesetzmäßigkeiten der Ökonomik ebenso wenig hinwegsetzen wie die katholische Kirche über die Gesetzmäßigkeiten der Physik Galileis. Demokratie kann nicht die Lizenz bedeuten, ökonomischen Unsinn zu machen, der dann ohnehin immer die Ärmsten der Armen besonders hart trifft. Als Devise kann gelten: Die Verteilung ist so zu gestalten, dass die produktiven Kräfte aller zum Wohl aller zur Entfaltung kommen können.

Weitere wichtige Aufschlüsse über den ethischen Sinn und Zweck der Marktwirtschaft sind dem folgenden Kapitel zu entnehmen.

Eigentore der Verteidiger der Marktwirtschaft

Die Protagonisten der Marktwirtschaft sind im öffentlichen Diskurs in die Defensive geraten. Auch die Wissenschaft hilft da nicht weiter, wenn etwa ein renommierter Ökonom, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, erklärt, das Ziel der Unternehmen sei die Gewinnerzielung, dabei aber in Tonfall und Körpersprache deutlich erkennen lässt, wie unangenehm, geradezu peinlich ihm dieses Eingeständnis ist. Wir werden in diesem Kapitel zeigen, wie die Verteidiger der Marktwirtschaft durch weit verbreitete Argumentationen dem Gegner Tür und Tor öffnen oder, schlimmer noch, Eigentore schießen.

Moralische Elemente in der Marktwirtschaft

Wenn es um Fragen von Markt, Mensch und Moral geht, verweisen die Verteidiger der Marktwirtschaft bevorzugt auf die verschiedenen Beiträge, die marktwirtschaftliche Aktivitäten zur Verwirklichung moralischer Intuitionen leisten. Hier werden vor allem genannt:

- Zahlung von Steuern, aus denen öffentliche Ausgaben für Kultur, Bildung und anderes mehr finanziert werden,
- Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Erziehung zur Eigenständigkeit und
- Erziehung zu Sekundärtugenden wie Fleiß, Disziplin und Pünktlichkeit sowie Freundlichkeit und Toleranz im Sinne der traditionellen *Doux-Commerce*-These¹.

Hinzu kommen drei weitere als ethisch besonders wertvoll herausgestellte Beiträge, die wir im Folgenden detaillierter diskutieren werden:

- Stärkung der Freiheit, verstanden als Wahlfreiheit,
- Produktion der Mittel für Umverteilung, also für das „Soziale“ der Sozialen Marktwirtschaft, und
- die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung durch die Unternehmen, von *Corporate Social Responsibility*, kurz *CSR*.

1 Nach der *Doux-Commerce*-These hat der Handel einen positiven Einfluss auf die Moral in einer Gesellschaft.

So richtig das alles im Einzelnen auch ist, in Hinsicht auf eine Rechtfertigung der Marktwirtschaft als Ganzer ist diese Argumentation völlig kontraproduktiv. Um den grundlegenden Fehler deutlich zu machen, erinnern wir an unsere ethische Rechtfertigung der Marktwirtschaft: Sie ist das beste bisher bekannte Mittel zur Verwirklichung der Solidarität aller Menschen. Der grundlegende Fehler liegt darin, dass der Systemzusammenhang aufgelöst und die einzelnen Elemente isoliert betrachtet und isoliert ethisch beurteilt werden. Wichtige Elemente, die nur im Systemzusammenhang ethisch zu rechtfertigen sind, verlieren bei isolierter Beurteilung ihre moralische Qualität. Das ist besonders dann der Fall, wenn solche ethischen Beurteilungen unseren moralischen Intuitionen widersprechen.

Dies gilt vor allem für den Wettbewerb und seine Folgen Gewinnimperativ und Entlassungen, Firmenzusammenbrüche, Standortverlagerungen, also all das, was wir euphemistisch als Strukturwandel bezeichnen. In einzelnen Wettbewerbshandlungen gibt es immer Verlierer, also Akteure, die dieses Mal nicht zum Zuge kommen. Doch tut dies der moralischen Qualität des Systems Wettbewerb im Rahmen einer Marktwirtschaft keinen Abbruch, solange sich die Wettbewerber an die Spielregeln halten und nicht immer dieselben Gruppen verlieren. Unter Bedingungen moderner Funktionssysteme, die nur als (ganze) Systeme so leistungsfähig sind, müssen sich die einzelnen Handlungen konsistent nach den Spielregeln der Systeme richten. Andernfalls verliert das System seine Leistungsfähigkeit und erodiert – zum Schaden aller.

Wenn also bei unserer ethischen Beurteilung der Elemente ihre Funktion im Systemzusammenhang gedanklich ausgeblendet wird, kommt es zu systematischen Fehlurteilen: Dann dürfen Unternehmen, solange sie schwarze Zahlen schreiben, keine Entlassungen vornehmen – so die Auffassung eines amtierenden Bundesministers –, und die Bezüge der Topmanager dürfen das 25-Fache des durchschnittlichen Facharbeiterlohns nicht übersteigen, wie wir den renommierten Philosophen Höffe (2014) bereits zitiert haben. Auf den Wettbewerb, in dem die Unternehmen stehen, wird in beiden Urteilen kein Gedanke verschwendet. Es kommt dann zu interventionistischen und systemwidrigen Vorschlägen, denen wahlkämpfende Politiker irgendwann Folge leisten müssen – Mindestlöhne, Erweiterung der Rentenansprüche, weitere Beschränkung des Mietpreisanstiegs und anderes mehr.

Das Ergebnis: Wenn man bei der ethischen Beurteilung der Marktwirtschaft von der Funktion der einzelnen Elemente im System Marktwirtschaft abstrahiert und sie isoliert betrachtet, werden die Gegner der Marktwirtschaft zum Angriff geradezu eingeladen. Eine in der skizzierten Weise legitimierte Marktwirtschaft ist theoretisch nicht zu verteidigen.

Aber es kommt noch schlimmer: Die Verteidiger legen dem Gegner nicht nur den Ball vor, sondern schießen in vielen Fällen auch noch Eigentore. So unterlaufen den Verfechtern der Marktwirtschaft in der argumentativen Auseinandersetzung mit den intellektuellen Kritikern immer wieder Fehler der Art, dass ihre Argumente zwar die Marktwirtschaft rechtfertigen sollen, bei genauerer Betrachtung aber das Wasser eher auf die Mühlen der Kritiker lenken. Da diese Problematik bereits in einer anderen RHI-Publikation (Homann, 2007) ausführlicher dargestellt wurde, sollen im Folgenden nur drei besonders wichtige und weit verbreitete Argumentationen der Verteidiger der Marktwirtschaft in einem neuen Anlauf dargestellt und als kontraproduktiv der Kritik unterzogen werden.

Zur wirtschaftlichen Freiheit

Die Marktwirtschaft wird besonders von Unternehmern, Managern und ihren Verbänden häufig mit dem Argument gerechtfertigt, sie sei ein „System der Freiheit“. Die wirtschaftliche Freiheit sei (nur) das Pendant der politischen Freiheit und daher für ein demokratisches Gemeinwesen konstitutiv. Gerade die unternehmerische Freiheit sei lediglich eine spezielle Form des Grundrechts der allgemeinen Freiheit. Diese Denkweise erhält eine starke Unterstützung dadurch, dass die unternehmerische Freiheit juristisch von Art. 12 Grundgesetz (GG), der die Freiheit der Berufswahl als nicht zur Disposition stehendes Grundrecht statuiert, abgeleitet wird. Obwohl diese Argumentation zur Rechtfertigung der Marktwirtschaft und (der Rolle) der Unternehmen in der Marktwirtschaft auf einem normativ und sogar verfassungsmäßig verbrieften sicheren Fundament zu ruhen scheint, handelt es sich dennoch bei genauerer Betrachtung um ein klassisches Eigentor.

Die Kritiker der Marktwirtschaft verweisen nämlich – erstens – zu Recht darauf, dass die Freiheit, da sie ein Grundrecht ist, für alle gleich sein muss, dass jedoch die Freiheit der Unternehmenseigner und -lenker ungleich größer ist als die Freiheit von Mitarbeitern und erst recht von Menschen, die als Arbeitslose nicht in das gesellschaftliche Leben einbezogen sind. Wer die unternehmerische Freiheit als Grundrecht versteht und gemäß Art. 12 GG auslegt, setzt sich daher sogleich dem Vorwurf aus, die vielfach eingeschränkte Freiheit der „Untergebenen“ und der (Langzeit-)Arbeitslosen sowie der Millionen arbeitsloser Jugendlicher in der EU stelle einen gravierenden Verstoß gegen das Prinzip der gleichen Grundrechte dar.

Diese Argumentation zur Rechtfertigung der unternehmerischen Freiheit ermöglicht den intellektuellen Kritikern – zweitens – das weitere Argument, dass die Marktwirtschaft eine Veranstaltung zum Nutzen lediglich der Reichen, Starken und Leistungsfähigen ist und dass alle anderen in mehr oder weniger großer Abhängigkeit gehalten werden. Von einem freien, selbstbestimmten Leben breiter Bevölkerungskreise könne daher in einer Marktwirtschaft keine Rede sein. Die

unternehmerische Freiheit wird als Lizenz zur Bereicherung auf Kosten der abhängig Beschäftigten und der übrigen Bevölkerung verstanden, auch wenn sich viele von ihnen eine ganze Reihe ihrer (Konsum-)Wünsche erfüllen können; das wird dann als „Konsumterror“ qualifiziert. Damit gewinnen normative Forderungen nach Beschränkung oder Bändigung der Unternehmen, besonders natürlich der Unternehmen des Finanzsektors, eine hohe moralische Plausibilität und erfreuen sich breiter gesellschaftlicher Akzeptanz.

Um in der Auseinandersetzung mit den intellektuellen Kritikern nicht in die Fallstricke dieser Argumentation zu geraten, müssen die Verteidiger der Marktwirtschaft streng zwischen der allgemeinen Freiheit als Grundrecht – einschließlich der Freiheit der Berufswahl nach Art. 12 GG – und der unternehmerischen Freiheit unterscheiden. Mag die unternehmerische Freiheit in unserer Rechtsordnung rechtstechnisch in Analogie zu den Grundrechten ausgelegt werden, so darf dies jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie systematisch auf einer ganz anderen Legitimationsgrundlage beruht. Das wird bestätigt durch Art. 14 Abs. 2 GG: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Diese Bestimmung geht mit der ökonomischen Property-Rights-Theorie konform. Legitimationsgrundlage von gewerblich genutztem Privateigentum ist nicht der Nutzen des Eigentümers, sondern der Nutzen, den Privateigentum für die Allgemeinheit, für die Freiheit aller, stiftet. Franz Böhm, einer der Väter unserer Sozialen Marktwirtschaft, hat um diesen Unterschied zwischen der allgemeinen Freiheit als Grundrecht und der unternehmerischen Freiheit genau gewusst, wenn er die Tätigkeit von Unternehmen ausdrücklich nicht auf das Grundrecht der Freiheit, sondern auf eine „soziale Auftragszuständigkeit, die der Rechtfertigung durch den sozialen Nutzen bedarf“ (Böhm, 2008, 307), zurückführte.

Unternehmen sind daher nur als Agenten gesellschaftlicher Wertschöpfung zu legitimieren. Sie sind also in dieser Weise zu betrachten. Unternehmerische Freiheit ist kein Privileg, keine Lizenz zur Bereicherung, sondern ein von der Gesellschaft und zum Nutzen der Gesellschaft verliehener Handlungsspielraum. Bezogen auf die spezifischen Aufgaben, haben daher Unternehmer und Manager genau wie Brandmeister und Kapitäne ganz unterschiedliche Freiheiten im Sinne von Handlungsbefugnissen. Daher müssen sich Ausmaß, Zuschnitt und Grenzen dieser funktionalen Freiheiten unter wechselnden Bedingungen immer daran messen lassen, ob und wie gut sie ihren Auftrag, nachhaltig der Allgemeinheit zu dienen, erfüllen. Das ist die Grundlage nicht nur bei dem Moralphilosophen Adam Smith, sondern auch bei den vielfach moralisch angefeindeten Erzliberalen Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek, Milton Friedman und Gary S. Becker.

Die unternehmerische Freiheit wird damit allein funktional begründet: Sie steht im Dienst der allgemeinen Freiheit, indem sie Produktivitätsreserven durch Kosteneinsparungen und Innovationen mobilisiert – zum Wohle und zur Freiheit aller. Freiheit und Solidarität aller werden nicht als Gegenprinzipien, nicht als Korrekturen der ungezügelter Freiheit der starken Marktteilnehmer, der Unternehmer, eingeführt, sondern als generelles Ziel der Marktwirtschaft und ihres zentralen Elements Gewerbefreiheit. Die Chance, durch unternehmerische Tätigkeit reich zu werden, fungiert dabei lediglich als unverzichtbarer Anreiz, die Allgemeinheit mit guten, preiswerten und innovativen Gütern und Dienstleistungen zu versorgen. Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Chance zwingend an die Haftung für Fehlentscheidungen geknüpft sein muss.

Darüber hinaus werfen alle moralischen und ordnungspolitischen Regulierungen auch ein neues Licht auf die Freiheit in einer Gesellschaft mit marktwirtschaftlicher Ordnung. Regulierungen haben immer ein Doppelgesicht. Sie schränken Handlungsoptionen ein, zum Beispiel Betrug, Kartellbildung, Umweltverschmutzung, Bilanzfälschung und Korruption, und schaffen genau durch solche Handlungsbeschränkungen produktivere Interaktionsmöglichkeiten, auf denen unsere Freiheit, unser Wohlstand und unsere ganze Kultur beruhen. Nur ein Beispiel: Wer sich, pochend auf seine Freiheit, alle Handlungsoptionen offen hält, auch die Option, seine Rechnungen nicht zu bezahlen, findet bald niemanden mehr, der ihm sein Auto repariert, was dann eine erhebliche Einschränkung seiner Freiheit sein würde. Derartige Beschränkungen von Handlungsoptionen sind daher nicht als Einschränkungen der Freiheit, sondern als deren Erweiterung zu verstehen. Sie sind als Investitionen in die „Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil“ (Rawls, 1979, 105) und damit als Investitionen in die gemeinsame Entwicklung und Weiterentwicklung der Freiheit und der Solidarität aller zu betrachten.

Des Weiteren ist zwar zuzugestehen, dass das Gewinnstreben der Unternehmen und der Unternehmer beziehungsweise Manager begrenzt werden muss. Dies erfolgt aber in einer Marktwirtschaft nicht durch – vorgeblich ethisch begründete, im Grunde aber völlig willkürliche – Begrenzungen des Ausmaßes der Gewinne, Preise und Löhne, sondern durch den Wettbewerb und eine ordnungspolitische Beschränkung der Mittel, die zur Vorteilserzielung eingesetzt werden dürfen. Würde man demgegenüber auf die typisch vormodernen Maßnahmen zur Beschränkung des Vorteilsstrebens wie „gerechte“ Preise und Löhne zurückgreifen, würde man die für die Marktwirtschaft so wichtige Lenkungsfunction der Preise, auch und gerade der hohen Preise, unterminieren und damit Fehlsteuerungen initiieren.

Schließlich müssen sich Art und Zuschnitt der Regulierungen immer daran messen lassen, ob und wie sie dem Wohlstand und der Freiheit aller nachhaltig zu

dienen in der Lage sind. Die unternehmerische Freiheit wird lediglich als ein Mittel eingesetzt, das permanent an die – gegebenenfalls neuen – Gegebenheiten angepasst werden muss. Dabei ist natürlich darauf zu achten, dass nicht durch unsinnige Regulierungen und permanente interventionistische Eingriffe die Freiheit und die Solidarität aller nachhaltig beschädigt werden.

Das „Soziale“ in der Sozialen Marktwirtschaft

Ein weiteres Eigentor stellen bestimmte, ebenfalls weit verbreitete Vorstellungen und Redeweisen über das „Soziale“ in der Sozialen Marktwirtschaft dar. Sie lassen sich am knappsten mit der Argumentation eines führenden Unionspolitikers wiedergeben, der in einer kleinen Diskussionsrunde vor gut 20 Jahren einmal die Auffassung vertrat, die Marktwirtschaft werde erst durch den Zusatz des „Sozialen“, also als Soziale Marktwirtschaft, moralisch akzeptabel.

Wer so denkt und redet, transportiert – wider Willen (?) – im Umkehrschluss die Auffassung, dass die Marktwirtschaft als solche eigentlich unmoralisch ist. Daraus lässt sich dann für die Politik leicht die Folgerung ableiten, dass der Markt mit Wettbewerb und Gewinnstreben der Unternehmen aus moralischen Gründen, die nach allgemeiner Auffassung Vorrang vor ökonomischen Überlegungen haben müssen, beschränkt, das heißt gebündigt werden muss. Es ist richtig, dass keine der demokratischen Parteien in Deutschland den Markt abschaffen will. Aber eine solche unbewusste Hintergrundauffassung provoziert permanente sozialpolitische Eingriffe in Marktprozesse. Dann wird so lange an Marktergebnissen herumgedoktert, bis von der Marktwirtschaft fast nichts mehr übrig bleibt. Ökonomen schätzen, dass weniger als 50 Prozent unserer (ungewichteten) Preise noch echte Markt-, das heißt Wettbewerbspreise sind. Damit verlieren die Preise, auch und gerade die hohen, also gesellschaftlichen Bedarf anzeigenden Preise, ihre für eine Marktwirtschaft essenzielle Lenkungsfunktion. Es kommt zu Fehlsteuerungen aufgrund von Fehlanreizen, und es werden von wahlkämpfenden oder populistischen Politikern zunehmend die Partikularinteressen von Gruppen bedient – zum Schaden der Allgemeinheit und häufig zum Schaden derer, denen mit solchen Maßnahmen angeblich geholfen werden soll. Die Verhandlungen zur Bildung der Großen Koalition Ende 2013 dokumentierten diese Tendenz erneut in aller wünschenswerten Deutlichkeit.

Gegen diese Auffassung ist geltend zu machen, dass es die Marktwirtschaft – immer natürlich unter einer geeigneten Rahmenordnung – ist, die für den Wohlstand breiter Bevölkerungskreise verantwortlich zeichnet und deswegen schon als solche, also auch ohne den Zusatz des „Sozialen“, eine moralische Qualität hat. Das „Soziale“ in der Sozialen Marktwirtschaft darf daher nicht als Gegenmaßnahme zum Markt, Wettbewerb und Gewinnstreben und somit nicht als Korrektur der Markt-

wirtschaft gedacht werden. Es muss vielmehr als Verbesserung, als Steigerung der Marktwirtschaft und ihrer moralischen Qualität verstanden werden. Sozialpolitik im weitesten Sinn verbessert das Funktionieren der Märkte, indem immer mehr Menschen durch entsprechende Befähigung in die marktwirtschaftlichen Austauschprozesse einbezogen und durch das System der sozialen Sicherung zu risikoreicheren Investitionen in Sach- und Humankapital ermutigt werden – zu ihrem eigenen und zum allgemeinen Vorteil. Sozialpolitik mit der Zusicherung, dass niemand, wenn er scheitert, ins Bodenlose fällt, erhöht die Risikobereitschaft der Menschen, und Risiko ist ein wichtiger Produktionsfaktor.

Die Idee, die hinter diesen holzschnittartigen Ausführungen zu einem theoretisch und praktisch belastbaren Verständnis des „Sozialen“ in der Sozialen Marktwirtschaft steht, lässt sich mit einem Bild verdeutlichen, das auf Joseph A. Schumpeter zurückgeht. Er vergleicht die Sozialpolitik mit der Bremse im Auto: Tritt man auf die Bremse, fährt das Auto langsamer und kommt vielleicht zum Stehen; aber der Sinn eines guten Bremssystems besteht darin, im Normalbetrieb schneller fahren zu können als ohne Bremse (Schumpeter, 1972, 146).

Unser Ergebnis lässt sich so zusammenfassen: Die Soziale Marktwirtschaft ist die bessere (!) Marktwirtschaft, aber sie muss die bessere Marktwirtschaft (!) bleiben – einschließlich Wettbewerb und Gewinnstreben der Unternehmen.

Corporate Social Responsibility: Engagement außerhalb des Kerngeschäfts

Unternehmen verweisen zur Rechtfertigung ihres Tuns zunehmend gern darauf, dass sie zusätzlich zu ihrem Kerngeschäft „gesellschaftliche Verantwortung“ übernehmen. Sie nennen das heute Corporate Social Responsibility (CSR). Aus diesem Grund ist CSR zu einem Modethema im öffentlichen Diskurs geworden. Auch diese Argumentation ist bei genauerer Betrachtung als Eigenton einzustufen.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass eine solche Argumentation die Akzeptanz der Tätigkeit der Unternehmen nicht nur nicht verbessert, sondern eher verschlechtert: Da sich Unternehmen im – heute globalen – Wettbewerb dem Systemimperativ des Gewinnstrebens gar nicht entziehen können, setzen sie sich mit einer solchen Argumentation sogleich dem Vorwurf aus, sie praktizierten CSR nur aus Gewinninteresse, und die entsprechenden Engagements wären deshalb als moderner „Ablasshandel“ zu beurteilen.

Wichtiger ist die systematische Überlegung, die ganz ähnlich wie beim „Sozialen“ der Sozialen Marktwirtschaft verläuft: Wenn die moralische Qualität der Unternehmenstätigkeit an den Engagements festgemacht wird, die über das Kerngeschäft – und dessen Kern: das nachhaltige Gewinnstreben – hinausgehen, dann wird

die moralische Qualität, wiederum im Umkehrschluss, dem Kerngeschäft selbst abgesprochen. Damit aber bestätigen die Verteidiger der Marktwirtschaft genau die Sicht ihrer intellektuellen Kritiker, dass das Kerngeschäft lediglich der privaten Gewinnerzielung diene. Hier ist es nicht die Korrektur des Marktes und seiner Ergebnisse, wie beim „Sozialen“ der Sozialen Marktwirtschaft, sondern die vermeintlich moralisch erforderliche Kompensation, die das Bewusstsein der moralischen Qualität der Marktwirtschaft untergräbt.

Demgegenüber muss eine theoretisch und praktisch belastbare ethische Rechtfertigung der marktwirtschaftlichen Ordnung mit allem Nachdruck geltend machen, dass Märkten mit den Systemimperativen Wettbewerb und Gewinnstreben wegen der überragenden Wohlfahrtswirkungen eine hohe moralische Qualität zukommt. Ein Unternehmen zu betreiben oder zu führen, bedeutet nicht die Lizenz, sich die Taschen mit Geld vollzustopfen – genau wie Demokratie nicht die Lizenz bedeuten kann, ökonomischen Unsinn zu machen. Wie oben ausgeführt, sind Unternehmen als Agenten gesellschaftlicher Wertschöpfung zu betrachten – mit der Folge, dass ihre primäre gesellschaftliche Verantwortung in genau diesem Kerngeschäft und den damit verbundenen Erfordernissen wie dem nachhaltigen Gewinnstreben liegt. Wer in seinem Denken und in seinem öffentlichen Argumentieren diesen grundlegenden Gedanken preisgibt, wie das in der hier als Eigentor kritisierten Argumentation geschieht, wird den damit angerichteten Schaden durch noch so umfangreiche CSR-Aktivitäten jenseits dieses Kerngeschäfts nicht wieder gutmachen können: Er gibt vielmehr seinen Kritikern recht.

Dass die ethische Grenze solcher CSR-Aktivitäten dort zu ziehen ist, wo diese das – moralisch nicht nur erlaubte, sondern gebotene – Kerngeschäft nicht mehr fördern, sondern beeinträchtigen, ist in anderen RHI-Publikationen dargelegt worden, auf die hier verwiesen wird (Lin-Hi, 2011; Goldschmidt/Homann, 2011).

Das Ergebnis unserer Überlegungen in diesem Kapitel lautet: Man kann gar nicht sorgfältig genug die Argumente zur ethischen Rechtfertigung der Marktwirtschaft und der Sozialen Marktwirtschaft wählen, weil man sonst entgegen der Intention die Kritiker stärkt – mit gravierenden politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Die unverminderte Fortdauer der Kritik

Nach der Metakritik und der Warnung vor falschen, die eigenen Intentionen konterkarierenden Rechtfertigungen der Marktwirtschaft in den Kapiteln 3 und 4 bleiben einige Fragen offen: Warum verstummt die Kritik nicht, angesichts einer in der Geschichte nie da gewesenen Performance der funktionierenden Marktwirtschaften und derart überzeugender Gegenargumente? Warum nimmt die Kritik an Häufigkeit und Schärfe eher zu? Warum scheinen die intellektuellen Kritiker von der Metakritik überhaupt nicht tangiert zu sein?

Diese Fragen stellen sich umso dringlicher, als die Argumente zur moralischen Qualität der Marktwirtschaft gerade für Intellektuelle im Prinzip zugänglich und nachvollziehbar wären. Man kann gerade bei dieser Gruppe nicht auf mangelnde Einsicht als Erklärung setzen, im Gegenteil: Am ehesten Intellektuelle mit philosophischer, theologischer oder soziologischer Ausbildung müssten die kontraintuitiven Züge einer modernen Theorie der Gesellschaft und einer modernen Ethik verstehen können.

Mit der Kritik der Intellektuellen an der Marktwirtschaft haben sich Autoren wie Max Weber, Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek, Joseph A. Schumpeter und Robert Nozick befasst. Wir schließen uns an diese Überlegungen an und ergänzen sie lediglich hier und da mit eigenen Hinweisen. Allerdings beziehen sich diese klassischen Autoren vorwiegend auf linke, sozialistische Kritiker der Marktwirtschaft. Daher müssen wir insbesondere für die konservativen Kritiker auf eigene Überlegungen und Vermutungen zurückgreifen.

Unzureichende Erklärungen

Als Einstieg in die Beantwortung dieser Fragen mag die – auch von Nozick beigezogene – Beobachtung dienen, dass intellektuelle Kritiker der Marktwirtschaft, wenn sie mit den Gegenargumenten zu einem bestimmten Kritikpunkt in die Defensive geraten, zum nächsten Kritikpunkt übergehen und dann zum übernächsten usw. Da das schier unerschöpfliche Reservoir an Defiziten real existierender Marktwirtschaften ihnen als von der Metakritik uneinnehmbare Festung immer erhalten bleibt, müssen sie daher trotz aller Gegenargumente ihre grundsätzlich kritische Einstellung niemals aufgeben. Das legt den Schluss nahe, dass die einzelnen Kritikpunkte nicht als solche zählen, sondern als Rationalisierungen einer grundlegenden Einstellung, einer Mentalität, eines „Animus“ (Nozick, 1997, 282), einzustufen sind, die beziehungsweise der grundsätzlich nicht infrage gestellt wird. Die Frage, der wir uns jetzt widmen müssen, lautet daher: Worin hat diese geistig und emotional fest verankerte Antihaltung gegen die marktwirtschaftliche Ordnung ihren tieferen Grund, einen Grund, für den die Intellektuellen selbst nicht

verantwortlich zu machen sind und der ihnen selbst wahrscheinlich gar nicht bewusst ist?

Da die Kritik von Intellektuellen an der Marktwirtschaft also eine Dauererscheinung ist und heute eher noch zunimmt, muss sich eine anspruchsvolle Erklärung der unverminderten Fortdauer dieser Kritik vor einem gravierenden methodischen Fehler hüten. Man darf dieses Phänomen nicht durch personal zurechenbare Defekte der Kritiker erklären und ihnen intellektuelles oder moralisches Versagen vorwerfen. Vorwürfe erklären nichts; sie bringen lediglich zum Ausdruck, dass man es gern anders hätte. Auch wenn Erklärungen wie: mangelnde Kenntnisse der Funktionsweise der Marktwirtschaft, „Irrationalität“ der Kritiker, „ideologische“ Verbohrtheit oder „Gier“ nach Geld und Macht nahezuliegen scheinen und im öffentlichen Diskurs von den Verteidigern der Marktwirtschaft gern herangezogen werden, verbieten wir sie uns. Stattdessen versuchen wir, objektive Faktoren auszumachen, welche die Kritiker systematisch in ihre Antihaltung drängen, auch wenn ihnen selbst diese Faktoren gar nicht zu Bewusstsein kommen. Nur mit einem solchen Vorgehen kann man über wirkungslose moralische Appelle und Schuldzuweisungen hinauskommen und Ansatzpunkte für ein Gegensteuern finden.

So sollte die antimarktwirtschaftliche Einstellung nicht darauf zurückgeführt werden, dass Intellektuelle per se besonders kritisch wären, was uns auch bei Schumpeter (1972, 237) begegnet war. Gegenüber den eigenen utopischen Vorschlägen, wenn solche denn gemacht werden, sind sie eher besonders unkritisch. Man sollte sich wie gesagt auch nicht damit zufriedengeben, dass es ihnen einfach um Macht als solche oder um Geld geht: Eine solche ökonomische Erklärung ist viel zu vordergründig. Das Argument, sie wollten nur die Macht- und Einkommenspositionen derer, die in marktwirtschaftlichen Systemen dominieren, selbst besetzen, greift viel zu kurz. Sie sind vielmehr in der Regel mit angemessenem Wohlstand (zum Beispiel einem Ferienhaus in der Toskana) und der Tätigkeit als Berater oder Vordenker von (demokratischen) Machthabern völlig zufrieden. Es geht ihnen auch nicht um monetäre Einkünfte aus ihrer Publikationstätigkeit, wie Ehrmann/Prinz (2012) meinen, obwohl manche – wie etwa Forrester (1997) mit ihrem Buch „Der Terror der Ökonomie“, das 1996 in Frankreich innerhalb eines halben Jahres 500.000-mal verkauft wurde –, auch gutes Geld verdient haben dürften. Es geht ihnen auch nicht um eine soziale Vorrangstellung gegenüber allen anderen Gesellschaftsmitgliedern: Viele treten ganz offensiv für mehr Gleichheit in der Gesellschaft ein.

Enttäuschte Erwartungen als Versuch einer Erklärung

Bevor wir in unseren Versuch zur Erklärung der unverminderten Fortdauer der Kritik eintreten, sei vorweg mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass es sich da-

bei eher um methodisch reflektierte und theoretisch abgeleitete Vermutungen handelt. Diese müssten in weiteren Untersuchungen in Hypothesen überführt und dann empirisch überprüft werden.

Die grundlegende Erklärung, mit der wir weitgehend Nozick (1997) folgen, sei einleitend formuliert: Die antimarktwirtschaftliche Einstellung besonders der Intellektuellen im oben angegebenen Verständnis des Wortes ist auf eine Art Ressentiment zurückzuführen. Sie fühlen sich vom System der Marktwirtschaft um die ihnen ihrer Überzeugung nach zustehende gesellschaftliche Belohnung, besonders um Anerkennung und Gestaltungsmacht, gebracht. Diese These bedarf einiger Erläuterungen.

Es geht den intellektuellen Kritikern der Marktwirtschaft vor allem um gesellschaftliche Anerkennung, auf die sie einen Anspruch (Entitlement) zu haben glauben. Ihr Ressentiment gegen die Marktwirtschaft entsteht daraus, dass diese ganz andere Qualitäten und Fähigkeiten honoriert als jene, über welche die Intellektuellen verfügen, und dass ihnen nach der Schulzeit, wo besonders ihre Fähigkeiten hochgeschätzt wurden und sie entsprechende Erwartungen gebildet haben, die bisherige Anerkennung versagt wird. Gegenüber ihrem schulischen Erfolg und Status müssen sie einen sozialen Abstieg hinnehmen.

Ihre Überzeugung, dass sie auf die gesellschaftliche Anerkennung einen berechtigten Anspruch haben, hängt nach Nozick nicht nur, aber doch stark mit dem Schulsystem zusammen. In der Schule, in der junge Menschen nach ihrer Erziehung in der Familie mit der Gesellschaft zusammentreffen, finden Fähigkeiten wie Wortgewandtheit, Reflexions- und Diskursfähigkeit die besondere Anerkennung der Lehrer. Wenn man die emotionalen und normativen Einstellungen hinzunimmt, die in der Schule vermittelt werden (auch wenn Nozick sie nicht explizit erwähnt), und berücksichtigt, dass Lehrer meist ebenfalls intellektuelle „Wordsmiths“ sind, wachsen die entsprechend begabten jungen Menschen mit der Überzeugung auf, diese Fähigkeiten seien auch gesellschaftlich am höchsten zu bewerten. Wenn dann noch ein klassisches Bildungsideal dominiert, mit dem Bewusstsein der Überlegenheit des „Geistes“ über alles „Materielle“ – ein Ideal, wie das etwa in der klassischen Philosophie und Literatur oder in dem in der Schule vermittelten Kanon dieser Literatur vermittelt wird –, dann treten diese jungen Menschen mit einem ganz bestimmten Selbst- und Weltbild in die Gesellschaft.

Dort machen sie nun aber die Erfahrung, dass marktwirtschaftlich geordnete Gesellschaften ganz andere Fähigkeiten honorieren, nämlich kurz gesagt: die Fähigkeit, die Wünsche und Bedürfnisse der breiten Masse zu befriedigen und gegebenenfalls sogar erst zu wecken. Hier dominieren Zahlen, Geld, technische

Innovationen und Organisationstalent, worüber oft jene verfügen, die in den Diskursen der Schule nur selten top waren. Gemessen an ihren Erwartungen, erfahren diese Intellektuellen eine soziale Abwärtsbewegung im wirklichen Leben. Eine signifikant größere Zahl flüchtet sich in das, was sie kann: wortmächtig dieses System, das zweifellos viele Unvollkommenheiten aufweist, einer fundamentalen Kritik zu unterziehen. Anders: Nach den über mehr als ein Jahrzehnt in der Schule entwickelten und internalisierten Wertmaßstäben gerechnet, fühlen sie sich zu Unrecht um die gesellschaftliche Anerkennung gebracht und in ihren Möglichkeiten, die Gesellschaft nach Grundsätzen der Gerechtigkeit zu gestalten, beschnitten – ihrer Überzeugung nach zum Schaden der Gesellschaft.

Diese Zusammenhänge lassen sich auch in Zahlen ausdrücken. So hat beispielsweise das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung herausgefunden, dass Geisteswissenschaftler der Universität Kiel mehr Zeit benötigen, um nach dem Studienabschluss einen Job zu finden (IAB, 2013). 49,2 Prozent der dortigen Mathematik- und Informatikstudenten treten innerhalb der ersten 90 Tage nach Studienabschluss in das Erwerbsleben ein. Von den Geisteswissenschaftlern schaffen das lediglich 20,6 Prozent. Auch hinsichtlich des Anforderungsprofils der bei Erwerbseintritt ausgeübten Berufe sind Geisteswissenschaftler im Nachteil. Was die allgemeine Qualifikationsanforderung anbelangt, so sind es vor allem Absolventen aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich, die zu einem weit überdurchschnittlichen Anteil in akademische Berufe einsteigen. Dagegen ist der Arbeitsmarkteintritt für Absolventen aus den Geisteswissenschaften relativ häufig mit einer nicht akademischen Tätigkeit verbunden (IAB, 2013). Ein signifikanter Unterschied zeigt sich insbesondere auch bei den Bruttogehältern. Während Physiker, Physikingenieure und Mathematiker im Durchschnitt 5.340 Euro brutto im Monat verdienen, sind es bei den Geisteswissenschaftlern nur 3.811 Euro brutto (Statistisches Bundesamt, 2013).

Diese Erfahrung machen eher linke und eher konservative Kritiker der Marktwirtschaft gleichermaßen. Allerdings gibt es auch Unterschiede. Da die Konservativen unter den intellektuellen Kritikern nicht für die Abschaffung der Marktwirtschaft zugunsten irgendeiner Spielart des Sozialismus votieren können, fokussieren sie ihre Kritik auf den Verfall überkommener Werte und Tugenden sowie des Menschenbilds, das zum Homo oeconomicus degeneriert sei. Der „Kapitalismus“ kann sie emotional nicht ansprechen, sondern nur empören: „Die Börse ist ein armseliger Ersatz für den Heiligen Gral“ (Schumpeter, 1972, 223). Sie setzen – seit Platons Zeiten – auf die „richtige“ Erziehung besonders durch Vorbilder. Linke Kritiker berauschen sich am neuen Menschen, an „Freiheit statt Kapitalismus“ (Wagenknecht, 2013), an Humanität, Solidarität, Gleichheit und Brüderlichkeit sowie an utopischen Skizzen einer solidarischen Gesellschaft, die

wie eine große Familie gedacht wird, während die bürgerliche Familie eher mit Skepsis betrachtet wird.

Die Intellektuellen und der Staat

Bei beiden Gruppen ist eine starke Staatsgläubigkeit weit verbreitet, weil nur politischer Macht mit physischer Zwangsgewalt zugetraut wird, den Markt und die Krisen des Kapitalismus überwinden zu können. Der Fluchtpunkt solch normativ grundierten Denkens wird bei einem so renommierten Autor wie Hans Jonas deutlich, wenn er sich in ähnlichem Zusammenhang aus moralischen Gründen zu einem offenen Plädoyer für „eine wohlwollende, wohlinformierte und von der richtigen Einsicht beseelte Tyrannis“ (Jonas, 1984, 262) versteigt. In dieselbe Richtung, wenn auch deutlich gemäßigter, gehen etwa die Auffassung der Partei Bündnis 90/Die Grünen, eine Flugreise in fünf Jahren sei genug, oder neuerdings die Forderung nach einem fleischlosen Donnerstag in den Kantinen.

Die intellektuellen Kritiker der Marktwirtschaft weisen eine geistige und gesellschaftliche Nähe zur staatlichen Bürokratie auf, was wegen der gemeinsamen Schulerfahrung und der Präferenz für eine autoritäre Steuerung der Gesellschaft, vor allem aber wegen der Tatsache, dem Markt nicht ausgesetzt zu sein, nicht überrascht.

Interessant ist, dass die Intellektuellen von links und rechts der jeweiligen Basis gegenüber immer fremd bleiben – gegenüber der Partei und ihrem Apparat, den Arbeitern und den Gewerkschaften auf der linken und gegenüber Unternehmern, Managern und den bürgerlichen Schichten auf der konservativen Seite. Auch das lässt sich wiederum durch die oben skizzierte Erfahrung des Verlusts der gesellschaftlichen Wertschätzung der „Wordsmiths“ erklären.

Kritik der Intellektuellen als integraler Bestandteil der Marktwirtschaft

Insbesondere Schumpeter (1972) und in seinen Fußstapfen Nozick (1997) legen Wert auf die Feststellung, dass die Marktwirtschaft – sie sagen: „der Kapitalismus“ – diese Art von intellektuellen Kritikern selbst hervorbringt und ihnen daher so etwas wie eine Bestandsgarantie gibt. Die Marktwirtschaft setzt eine breite Volksbildung sowie Buchdruck, Presse und Medien voraus. Er gründet auf Wissenschaft und Aufklärung, auf Talenten und persönlicher Initiative. Versuchte er nun, seinen „intellektuellen Sektor erfolgreich zu kontrollieren“, müsste er zu Mitteln greifen, insbesondere zur Einschränkung oder Unterdrückung der individuellen Freiheit, die dann, wie Schumpeter argumentiert, auch nicht „vor der privaten Unternehmung Halt machen“ (Schumpeter, 1972, 243) würde. Kritik von Intellektuellen am Kapitalismus ist daher „auf die Dauer gesehen unvermeidlich“ (ebd., 244). Natürlich kann Nozick nach 1989 die These Schumpeters, dass der

Kapitalismus nicht an seinen Misserfolgen, sondern an seinen Erfolgen zugrunde gehe und in den Sozialismus, bei Schumpeter verstanden als System mit bürokratisch gelenkten Großunternehmen, münde, nicht mehr teilen. Aber auch Nozick vertritt die Auffassung, dass der Kapitalismus auf Dauer mit seinen intellektuellen Kritikern leben muss: „Whatever happens, though, the intellectuals will have the last word“ (Nozick, 1997, 295) – aber nicht, weil sie mit ihrer Kritik recht hätten, sondern weil sie das Wort beherrschen.

Wie sollte mit der Kritik umgegangen werden?

Wenn diese Analyse stimmt – die Empirie widerlegt sie jedenfalls bis dato nicht –, ergibt sich die Frage, was man tun kann. Ist Metakritik dann überhaupt noch sinnvoll? Welchen Stellenwert hat die marktwirtschaftliche Performance, wenn bei jeder Verbesserung der Performance die Kritik eher „zu- anstatt abnimmt“ (Schumpeter, 1972, 247)? Sind nicht alle Bemühungen um eine wissenschaftliche Rechtfertigung der Marktwirtschaft verlorene Liebesmüh?

Wir sind nicht dieser Meinung. Aus diesem Grund haben wir die Metakritik oben umfangreich entfaltet. Auch auf die Gefahr hin, für naiv gehalten zu werden, wollen wir abschließend zwei Ziele aufzeigen, die in dieser Situation mit einer realistischen Aussicht auf Erfolg angegangen werden können.

Zum Ersten muss man versuchen zu verhindern, dass die zwar durchweg aufrichtige, gleichwohl aber ressentimentbesetzte Einstellung der intellektuellen Kritiker auf breite Bevölkerungskreise übergreift und dann über demokratische Wahlen und die Besetzung des bürokratischen Staatsapparats immer stärkeren Einfluss auf die Politik gewinnt. Die Chancen für eine solche Eindämmung anti-marktwirtschaftlicher Einstellungen sind deshalb als realistisch einzuschätzen, weil weder die Bevölkerung noch große Teile der Akademikerschaft (Anwälte, Ärzte, Ingenieure, Naturwissenschaftler) eine konkrete Erfahrung des sozialen Abstiegs gegenüber ihren Schulerfahrungen und den dort gebildeten Erwartungen machen mussten. Allerdings ist zwingend erforderlich, dass die Performance der Marktwirtschaft nicht dramatisch sinkt und dass die normative Qualität der Marktwirtschaft regelmäßig öffentlich bewusst gemacht und glaubwürdig vermittelt wird. Als besonders hilfreich könnte sich dabei erweisen, die Qualitäten der marktwirtschaftlichen Ordnung immer wieder durch Vergleiche mit anderen Ordnungen oder utopischen Wunschträumen deutlich zu machen. Erforderlich ist auch, dass die Führungseliten in Wirtschaft und Politik in ihrem Verhalten und in ihrem Reden, auch in Wahlkämpfen, nicht unglaubwürdig erscheinen. Kurz: Die Metakritik ist und bleibt unverzichtbar. Wir sollten nur nicht erwarten, dass dadurch die Kritiker selbst überzeugt werden. Das wäre kein realistisches Ziel. Ziel soll und kann lediglich sein, dass die intellektuellen Kritiker keine große, politisch und ökonomisch wirksam werdende Anhängerschaft gewinnen.

In dieser Hinsicht können wir eine gewisse Besorgtheit nicht verhehlen, weil die intellektuellen Kritiker der Marktwirtschaft weitgehend die Deutungshoheit über unsere Gesellschaftsordnung gewonnen haben und zunehmend an politischem Einfluss gewinnen. Die Verteidiger der Marktwirtschaft sind im öffentlichen Diskurs in die Defensive geraten.

Zum Zweiten sollten die Protagonisten der Marktwirtschaft, weil sie diese nicht nur aus ökonomischen, sondern vor allem auch aus ethischen Gründen gegenüber allen anderen bisher bekannten Ordnungen favorisieren, neben diesem eher defensiven Ziel auch offensiv auf die Kritik eingehen. Sie sollten die rationalisierenden Argumente der Kritiker als Hinweise auf mögliche aktuelle und vor allem auf künftige Probleme der realen Marktwirtschaften auffassen und auswerten. So versetzen sie sich in die Lage, frühzeitig Korrekturen von Fehlentwicklungen vorzunehmen und Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der – immer reformbedürftigen – Marktwirtschaft zu prüfen. Die akademisch gebildeten kritischen „Wordsmiths“ beschäftigen sich professionell mit Sinn- und Wertfragen, welche die Unternehmen und ihre Führungskräfte unter dem Druck der Tagesgeschäfte häufig nicht auf dem Radarschirm haben. Die Kritiker verfügen über eine größere Sensibilität in diesen Fragen und über die Kompetenz, früher als andere wahrzunehmen, wann und wo der marktwirtschaftliche Prozess seine eigentliche Aufgabe, den Menschen Chancen für ein gelingendes Leben zu eröffnen, aus den Augen verliert. Vor dieser Fehlentwicklung können die Führungskräfte vor allem durch die ständige Herausforderung ihrer Kritiker bewahrt werden. Das setzt allerdings voraus, dass sie deren Kritik, auch wenn vieles auf Missverständnissen und Fehltritten beruht, nicht einfach pauschal als interessengeleitet oder ideologisch motiviert abtun. Sie müssen sich dieser Herausforderung der Kritik stellen, und zwar in ihrer Praxis wie auch im öffentlichen Diskurs. Die Marktwirtschaft darf nicht selbstgefällig werden, und das Verständnis für ihren tieferen Sinn darf auch im Tagesbetrieb nicht verloren gehen. Nur durch permanente Reflexion und Kommunikation nicht nur der ökonomischen Performance, sondern auch ihrer sittlichen Qualität wird die Marktwirtschaft zukunftsfähig sein können.

Literatur

Admati, Anat / Hellwig, Martin, 2013, Des Bankers neue Kleider. Was bei Banken wirklich schiefläuft und was sich ändern muss, München

Benedikt XVI., 2009, Liebe in Wahrheit, Caritas in veritate. Die Sozialzyklika, Augsburg

Böhm, Franz, 2008, Freiheit und Ordnung in der Marktwirtschaft, in: Goldschmidt, Nils / Wohlgemuth, Michael (Hrsg.), Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen, S. 299–312

Ehrmann, Thomas / Prinz, Aloys, 2012, Das Geschäftsmodell der Firma Vogl, Baecker & Cie., in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 114, 16.5.2012, S. N3

Enste, Dominik H. / Haferkamp, Alexandra / Fetchenhauer, Detlef, 2009, Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien. Erklärungsansätze zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Beratung, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik, 10. Jg., Nr. 1, S. 60–78

Felber, Christian, 2012, Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst, Wien

Felber, Christian, 2014, Die Gemeinwohl-Ökonomie. Der Weg aus der Dauerkrise?, Vortrag anlässlich einer Veranstaltung der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und des Gemeinwohlökonomieverbands am 17.2.2014 in München

Fetchenhauer, Detlef / Enste, Dominik H. / Köneke, Vanessa, 2010, Fairness oder Effizienz? Die Sicht ökonomischer Laien und Experten, RHI-Diskussion, Nr. 15, München

Forrester, Viviane, 1997, Der Terror der Ökonomie, Wien

Forrester, Viviane, 2000, Die Diktatur des Profits, Wien

Frank, Robert H. / Gilovich, Thomas / Regan, Dennis T., 1993, Does Studying Economics Inhibit Cooperation?, in: Journal of Economic Perspectives, 7. Jg., Nr. 2, S. 159–171

Frank, Robert H. / Gilovich, Thomas / Regan, Dennis T., 1996, Do Economists Make Bad Citizens?, in: Journal of Economic Perspectives, 10. Jg., Nr. 1, S. 187–192

Goldschmidt, Nils / **Homann**, Karl, 2011, Die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen. Theoretische Grundlagen für eine praxistaugliche Konzeption, RHI-Position, Nr. 10, München

Hessel, Stéphane, 2013, Empört Euch!, Berlin

Hobbes, Thomas, 1982 [1651], Leviathan, ed. with an Introduction by C. B. Macpherson, Harmondsworth

Höffe, Otfried, 2014, Ethik und Ökonomie, Vortrag an der Bucerius Law School am 29.1.2014 in Hamburg

Homann, Karl, 2007, Ethik in der Marktwirtschaft, RHI-Position, Nr. 3, München

Homann, Karl / **Enste**, Dominik H. / **Koppel**, Oliver, 2009, Ökonomie und Theologie. Der Einfluss christlicher Gebote auf Wirtschaft und Gesellschaft, RHI-Position, Nr. 8, München

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 2013, Arbeitsmarkteintritt Kieler Universitätsabsolventen. Analyse des Erwerbseintritts und der frühen Erwerbsphase der Absolventen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) im Zeitraum 1998–2010, IAB-Regional, IAB Nord, Nr. 1/2013, Nürnberg

Jonas, Hans, 1984, Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation, Frankfurt am Main

Lin-Hi, Nick, 2011, Corporate Social Responsibility. Eine Investition in den langfristigen Unternehmenserfolg?, RHI-Diskussion, Nr. 18, München

Miegel, Meinhard, 2010, Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin

Miegel, Meinhard, 2014, Hybris. Die überforderte Gesellschaft, Berlin

Nassehi, Armin, 2010, Mit dem Taxi durch die Gesellschaft. Soziologische Storys, 2. Aufl., Hamburg

Nozick, Robert, 1997, Why Do Intellectuals Oppose Capitalism?, in: Nozick, Robert, Socratic Puzzles, Cambridge (Mass.), S. 280–295

Petersen, Thomas, 2013, Stille Liebe zur Planwirtschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 276, 27.11.2013, S. 8

Pies, Ingo, 2014, Papst Franziskus – kein Gegner der Marktwirtschaft. Eine wirtschaftsethische Stellungnahme zu „Evangelii gaudium“, in: Stimmen der Zeit, Bd. 232, Heft 4, S. 233–242

Piketty, Thomas, 2014, Ökonomen im Gespräch (6): Thomas Piketty über seine Bewunderung des Kapitalismus, Interview mit der F.A.Z., <http://blogs.faz.net/fazit/2014/05/25/oekonomen-im-gespraech-4-thomas-piketty-ueber-vorzuegedes-kapitalismus-nachteile-hoher-ungleichheit-und-die-kosten-von-100-jahren-austeritaet-3988/> [6.6.2014]

Precht, Richard D., 2012, Die Kunst, kein Egoist zu sein. Warum wir gerne gut sein wollen und was uns davon abhält, München

Rawls, John, 1979, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt am Main

Sandel, Michael J., 2012, Was man für Geld nicht kaufen kann. Die moralischen Grenzen des Marktes, Berlin

Schirrmacher, Frank, 2013, Ego. Das Spiel des Lebens, 2. Aufl., München

Schmidt, Helmut, 2010, Statement, in: Fernsehsendung der ARD über Peer Steinbrück, 4.8.2010

Schumpeter, Joseph A., 1972 [1942], Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München

Shiller, Robert J., 2012, Märkte für Menschen. So schaffen wir ein besseres Finanzsystem, Frankfurt am Main

Sinn, Hans-Werner, 2010, Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist, Berlin

Smith, Adam, 2005 [1776], Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker, Tübingen

Statistisches Bundesamt, 2013, Verdienste und Arbeitskosten. Verdienststrukturen 2010, Fachserie 16, Wiesbaden

Steingart, Gabor, 2013, Unser Wohlstand und seine Feinde, München

Stiglitz, Joseph, 2012, Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht, München

Vogl, Joseph, 2011, Das Gespenst des Kapitals, 5. Aufl., Zürich

Wagenknecht, Sahra, 2013, Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft, München

Weiterführende Literatur

Homann, Karl, 2014, Sollen und Können. Grenzen und Bedingungen der Individualmoral, Wien

Die Autoren

Prof. Dr. Dr. **Karl Homann**, geboren 1943 in Everswinkel (Münsterland), promovierte in den Fächern Philosophie und Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster. Nach Habilitation 1985 an der Universität Göttingen wurde er an die private Universität Witten/Herdecke berufen. 1990 wurde er erster Professor in Deutschland für Wirtschafts- und Unternehmensethik an der Katholischen Universität Eichstätt. 1999 wurde er als Professor für „Philosophie unter besonderer Berücksichtigung der philosophischen und ethischen Grundlagen der Ökonomie (Wirtschaftsethik)“ an die Ludwig-Maximilians-Universität München berufen und im Herbst 2008 emeritiert.

Corinna Gruber, geboren 1979 in Mühlacker, studierte Wirtschaftsingenieurwesen und im Anschluss Philosophie, Soziologie und Germanistik in München. Seit 2009 ist sie Lehrbeauftragte für Wirtschaftsethik an der Hochschule München. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Roman Herzog Institut in München und promoviert derzeit in Philosophie.

© 2014 ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
ISSN 1863-8090 / ISBN 978-3-941036-42-0

Herausgeber:
ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.

Kontakt:
Dr. Neşe Sevsay-Tegethoff
Geschäftsführerin
ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
Telefon 089 551 78-732
Telefax 089 551 78-755
info@romanherzoginstitut.de
www.romanherzoginstitut.de

Titelfoto, Foto Seite 2: ROMAN HERZOG INSTITUT e. V.
Produktion: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Köln · Berlin

Diese Publikation ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich und kann unter www.romanherzoginstitut.de bestellt werden.





ISBN 978-3-941036-42-0

www.romanherzoginstitut.de